

Inhaltsverzeichnis		Juni 2012
1	<b>Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz (SH AbgG)</b> in der ab 1. März 2012 geltenden Fassung	
2	<b>Ausführungsbestimmungen zum SH AbgG</b>	
3	<b>Mitarbeiterkostenerstattung (§ 9 SH AbgG)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag auf Mitarbeiterkostenerstattung gem. § 9 SH AbgG</li> <li>• Berechnungsbeispiele</li> <li>• Arbeitgeberpflichten (Stand: 30.05.2012)</li> <li>• Musterarbeitsvertrag</li> <li>• Erklärung zur Prüfung der Versicherungsfreiheit/-pflicht</li> <li>• Niederschrift über die förmliche Verpflichtung</li> <li>• Hinweise zur frühzeitigen Arbeitsuchmeldung</li> <li>• Zusammenwirken Arbeitgeber/Agenturen für Arbeit</li> </ul>	
4	<b>Reisekostenentschädigung (§§ 10, 12 bis 14 SH AbgG)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweise zum Antrag</li> <li>• Antragsformular Reisekostenentschädigung</li> <li>• Abrechnungsbeispiel</li> <li>• Fragen und Antworten zur Erstattung von Fahrtkosten</li> </ul>	
5	<b>Anspruch auf Altersversorgung (§ 17 SH AbgG)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Formular zum Nachweis der Versicherung</li> <li>• Hinterbliebenenversorgung</li> </ul> Schreiben L 1 vom 19. Januar 2007 mit Anlagen	
6	<b>Einkommensteuerrechtliche Hinweise zum Abgeordnetengesetz</b> (Stand: Mai 2012)	

**Anlage zu den Ausführungsbestimmungen zu § 10 Abs. 2**

Die Landtagsverwaltung zahlt künftig Reisekostenentschädigung in den nachstehend aufgeführten Fällen:

Zur Teilnahme an Sitzungen von Gremien, Ausschüssen, Beiräten und dgl., in die der Abgeordnete vom Landtag delegiert worden ist oder an denen Abgeordnete im Auftrage der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten für den Landtag insgesamt teilnehmen, z.B.:

- Parlamentarische Kontrollkommission
- Gremium nach Art. 10 Grundgesetz
- Kommission nach Art. 10 Grundgesetz
- Landesjugendhilfeausschuss
- Landeskleingartenausschuss
- Landesschulbeirat
- Wahlkreisausschuss
- Richterwahlausschuss
- Rundfunkrat beim NDR
- Stiftungsrat der „Stiftung Pommern“
- Landesbeirat für Bewährungshilfe
- Anstaltsbeiräte in Justizvollzugsanstalten
- Landesplanungsrat
- Stiftungsrat der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“
- Stiftungsrat der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“
- Stiftungsrat der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein
- Beirat der Landesentwicklungsgesellschaft
- Landesgesundheitsbeirat
- Kuratorium für staatsbürgerliche Bildungsarbeit
- Gemeinsamer Landesplanungsrat Hamburg/Schleswig-Holstein
- Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig
- Gremium für Fragen der friesischen Bevölkerungsgruppe in Schleswig-Holstein
- Landessportkonferenz
- Regionalkonferenz für die Metropole Hamburg
- Ausschuss der Regionen der EU
- Stiftungsrat der „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“
- Stiftungsrat der „Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein“
- Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.

Zur Teilnahme an Veranstaltungen des Landtages oder auf Einladung der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten, z.B.:

- Besuch nordischer Parlamentarier
- FC Landtag
- Sommerfest
- Empfang für die Bundeswehr und Zivildienstleistende
- Landtagsbesucher
- Parlamentspressekonferenz

Absender:

Datum:

Präsidentin / Präsident des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

**Antrag auf Mitarbeiterkostenerstattung gem. § 9 SH AbgG –**

Weiterbeschäftigung der/des bisherigen Mitarbeiterin/Mitarbeiters ab **01.07.2012**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, / Sehr geehrter Herr Präsident,

zur Unterstützung bei der Erledigung meiner mandatsbedingten Arbeit, beabsichtige ich, ab \_\_\_\_\_ eine Mitarbeiterin / einen Mitarbeiter zu beschäftigen.

- ☐ Die bisherige Mitarbeiterin / der bisherige Mitarbeiter soll weiterbeschäftigt werden. Die getroffenen Vereinbarungen bleiben bestehen – *soweit nicht schriftlich Änderungen mitgeteilt wurden*

**Bei Personalsachbearbeitung durch die Landtagsverwaltung:**

- ☐ Ich beantrage, mir die hierfür erforderlichen Aufwendungen zu erstatten. Weiterhin beantrage ich, die Mitarbeitergehälter für mich abzurechnen, sowie die die Mitarbeitererstattung nach §9 SH AbgG überschreitenden Personalkosten von meiner Abgeordnetenentschädigung einzubehalten. Die für die Abrechnung erforderlichen Unterlagen habe ich als Anlage beigefügt.
- ☐ Eine Ausfertigung des Arbeitsvertrages liegt diesem Antrag bei.
- ☐ Eine Ausfertigung des Arbeitsvertrages werde ich nachreichen.

**Für Selbstabrechner:**

- ☐ Ich beantrage, mir die hierfür erforderlichen Aufwendungen zu erstatten.  
Die Gehaltsabrechnung werde ich selbst vornehmen.

Meine monatlichen Aufwendungen betragen:

regelmäßig	€uro
------------	------

In diesen Aufwendungen sind enthalten:

- ☐ Rentenversicherungsbeiträge  
(bei Beschäftigungsverhältnissen bis 400,00 Euro = pauschal 15 %)
- ☐ Krankenversicherungsbeiträge  
(bei Beschäftigungsverhältnissen bis 400,00 Euro = pauschal 13 %)
- ☐ Lohnsteuer
- ☐ Pflegeversicherungsbeiträge
- ☐ Arbeitslosenversicherungsbeiträge
- ☐ vermögenswirksame Arbeitgeberleistungen
- ☐ Unfallversicherung (Verwaltungs-Berufsgenossenschaft Hamburg)  
Ggf. Lohn- und Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag,  
Arbeitgeberaufwendungen bei Arbeitsunfähigkeit, U 1,  
Arbeitgeberaufwendungen bei Mutterschaft, U 2.

- Ich bitte die monatlichen Aufwendungen auf mein Konto

Konto-Nr.:	
BLZ:	
Geldinstitut	

zu überweisen.

- ☐ Eine Ausfertigung des Arbeitsvertrages liegt diesem Antrag bei.
- ☐ Eine Ausfertigung des Arbeitsvertrages werde ich nachreichen.

Ich versichere, dass ich mit meiner Mitarbeiterin / meinem Mitarbeiter nicht verheiratet und weder bis zum 3. Grad verwandt noch bis zum 2. Grad verschwägert bin; es besteht auch keine eingetragene Lebenspartnerschaft.

Über Änderungen zu meinen Angaben werde ich Sie unverzüglich informieren.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift der/des Abgeordneten)

Anlage zum Antrag vom \_\_\_\_\_

auf \_\_\_\_\_

**Mitarbeiterkostenerstattung gem. § 9 SH AbgG**

(Angaben nur erforderlich bei Abrechnung durch die Präsidentin/ den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages)

**Angaben zur Mitarbeiterin / zum Mitarbeiter**

Name (ggf. auch Geburtsname)	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort)	
Telefon	
Staatsangehörigkeit	
Familienstand	
Geburtsdaten Kinder (nötig f. Pflegevers.pflicht)	
Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID)	
Email-adresse (freiwillige Angabe)	

Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer Leistung aus der Altershilfe für Landwirte

☐ ja

☐ nein

sonstige (auch sozialversicherungsfreie) Beschäftigungsverhältnisse bei anderen Arbeitgebern

☐ ja

☐ nein

falls ja:

1.	Beschäftigungsverhältnis seit _____
	Bruttoeinkommen _____ Euro
	Wochenstunden _____
	jährliche Sonderzuwendungen _____ Euro
2.	Beschäftigungsverhältnis seit _____
	Bruttoeinkommen _____ Euro
	Wochenstunden _____
	jährliche Sonderzuwendungen _____ Euro

Bankverbindung	
BLZ	
Konto-Nr.	
Geldinstitut	

bestehende eigene Mitgliedschaft in einer Krankenkasse

☐ ja

☐ nein

falls ja, in welcher: \_\_\_\_\_

Sozialversicherungsnummer: \_\_\_\_\_

Mitarbeiterin / Mitarbeiter ist Studentin / Student

☐

ja

☐

nein

Mitarbeiterin / Mitarbeiter ist Pensionsempfänger:

☐

ja

☐

nein

Diesem Schreiben sind folgende Unterlagen beigelegt:

☐

Lohnsteuerkarte / Ersatzbescheinigung

☐

Sozialversicherungsausweis (sofern vorhanden)

☐

ggf. Mitgliedsbescheinigung der Krankenkasse

☐

Ausfertigung des Arbeitsvertrages (ggf. nachreichen)

☐

Erklärung zur Prüfung der Versicherungsfreiheit bzw. Versicherungspflicht  
in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

☐

Immatrikulationsbescheinigung (nur bei Studentinnen/Studenten)

☐

Merkblatt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Beendigung des  
Arbeitsverhältnisses (Leistungsrechtliche Hinweise)

☐

Verpflichtungserklärung

Ich versichere, diese Angaben wahrheitsgemäß gemacht zu haben. Jede Änderung,  
insbesondere die Aufnahme einer weiteren Beschäftigung (auch geringfügig entlohnte  
und kurzfristige), werde ich unverzüglich mitteilen.

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
(Mitarbeiter/in)

**Mitarbeiterkostenerstattung nach §9 SH AbgG**  
**Beispielrechnungen**

## Sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis

		Arbeitnehmer		Arbeitgeber	
		%	€	%	€
Gehalt			740,00 €		740,00 €
VWL			0,00 €		0,00 €
<b>Steuerpflichtiges Brutto</b>			<b>740,00 €</b>		<b>740,00 €</b>
KV	15,50%	8,20%	-60,68 €	7,30%	54,02 €
PV (Eltern)	1,95%	0,975%	-7,22 €	0,975%	7,22 €
PV (kinderlos)	2,20%	1,225%			
RV	19,60%	9,80%	-72,52 €	9,80%	72,52 €
ALV	3,00%	1,50%	-11,10 €	1,50%	11,10 €
Umlage 1 (anpassen!)				2,30%	17,02 €
Umlage 2 (anpassen!)				0,50%	3,70 €
<b>Summe</b>			<b>588,48 €</b>		<b>905,58 €</b>
BG					6,75 €
					<b>912,33 €</b>
<b>weitere Mitarbeiter/innen:</b>					<b>0,00 €</b>
<b>Mitarbeiterkostenerstattung nach § 9 SH AbgG:</b>					<b>915,00 €</b>
<b>Monatlich noch verfügbar</b>					<b>2,67 €</b>
<b>Minderung der Abg.Entschädigung</b>					<b>0,00 €</b>
<b>Gesamt-Sozialversicherungsanteil</b>		<b>21,70%</b>		<b>22,375%</b>	

### Sozialversicherungspflicht Pensionär

		Arbeitnehmer		Arbeitgeber	
		%	€	%	€
Gehalt			790,00 €		790,00 €
VWL			0,00 €		0,00 €
<b>Steuerpflichtiges Brutto</b>			<b>790,00 €</b>		<b>790,00 €</b>
RV	19,60%	9,80%	-77,42 €	9,80%	77,42 €
ALV	3,00%	1,50%	-11,85 €	1,50%	11,85 €
Umlage 1 (anpassen!)				2,30%	18,17 €
Umlage 2 (anpassen!)				0,30%	2,37 €
<b>Summe</b>			<b>700,73 €</b>		<b>899,81 €</b>
BG					6,75 €
					<b>906,56 €</b>
<b>Mitarbeiterkostenerstattung nach § 9 SH AbgG:</b>					<b>915,00 €</b>
<b>Monatlich noch verfügbar</b>					<b>8,44 €</b>
<b>Minderung der Abg.Entschädigung</b>					<b>0,00 €</b>
<b>Gesamt-Sozialversicherungsanteil</b>		<b>11,30%</b>		<b>13,90%</b>	

### Sozialversicherungspflicht Pensionär

		Arbeitnehmer		Arbeitgeber	
		%	€	%	€
Gehalt			790,00 €		790,00 €
VWL			0,00 €		0,00 €
<b>Steuerpflichtiges Brutto</b>			<b>790,00 €</b>		<b>790,00 €</b>
RV	19,60%	9,80%	-77,42 €	9,80%	77,42 €
ALV	3,00%	1,50%	-11,85 €	1,50%	11,85 €
Umlage 1 (anpassen!)				2,30%	18,17 €
Umlage 2 (anpassen!)				0,30%	2,37 €
<b>Summe</b>			<b>700,73 €</b>		<b>899,81 €</b>
BG					6,75 €
					<b>906,56 €</b>
<b>Mitarbeiterkostenerstattung nach § 9 SH AbgG:</b>					<b>915,00 €</b>
<b>Monatlich noch verfügbar</b>					<b>8,44 €</b>
<b>Minderung der Abg.Entschädigung</b>					<b>0,00 €</b>
<b>Gesamt-Sozialversicherungsanteil</b>		<b>11,30%</b>		<b>13,90%</b>	

### Geringfügige Beschäftigung

		<b>Arbeitnehmer</b>		<b>Arbeitgeber</b>	
	%	%	€	%	€
Gehalt			400,00 €		400,00 €
VWL					0,00 €
<b>Steuerpflichtiges Brutto</b>			<b>400,00 €</b>		<b>400,00 €</b>
KV	13,00%			13,00%	52,00 €
RV	15,00%			15,00%	60,00 €
Umlage 1				0,70%	2,80 €
Umlage 2				0,14%	0,56 €
<b>Summe</b>			<b>400,00 €</b>		<b>515,36 €</b>
BG					6,75 €
					<b>522,11 €</b>
<b>Mitarbeiterkostenerstattung nach § 9 SH AbgG:</b>					<b>915,00 €</b>
<b>Monatlich noch verfügbar</b>					392,89 €
<b>Minderung der Abg.Entschädigung</b>					0,00 €
<b>Gesamt-Sozialversicherungsanteil</b>		0,00%		28,84%	

### Sozialversicherungspflicht Student

		Arbeitnehmer		Arbeitgeber	
		%	€	%	€
Gehalt			800,00 €		800,00 €
VWL			0,00 €		0,00 €
<b>Steuerpflichtiges Brutto</b>			<b>800,00 €</b>		<b>800,00 €</b>
RV	19,60%	9,80%	-78,40 €	9,80%	78,40 €
Umlage 1 (anpassen!)				2,30%	18,40 €
Umlage 2 (anpassen!)				0,33%	2,64 €
<b>Summe</b>			<b>721,60 €</b>		<b>899,44 €</b>
BG					6,75 €
					<b>906,19 €</b>
<b>Mitarbeiterkostenerstattung nach § 9 SH AbgG:</b>					<b>915,00 €</b>
<b>Monatlich noch verfügbar</b>					8,81 €
<b>Minderung der Abg.Entschädigung</b>					0,00 €
<b>Gesamt-Sozialversicherungsanteil</b>		9,80%		12,43%	

Studenten sind unabhängig von der Einkommenshöhe in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sozialversicherungsfrei, wenn sie während des Semesters nicht mehr als 20 Stunden/Woche beschäftigt werden.

dies gilt nicht für duale Studiengänge – Studenten dualer Studiengänge sind regulär SV-pflichtig

### Arbeitgeberpflichten (Stand:30.05.2012)

Arbeitgeber ist derjenige, dem ein Beschäftigter seine Arbeitskraft schuldet. Dies ist der Fall, wenn die tätige Person in der Betätigung ihres geschäftlichen Willens unter der Leitung des Arbeitgebers steht oder im geschäftlichen Organismus des Arbeitgebers dessen Weisungen zu folgen verpflichtet ist (§ 1 Abs. 2 LStDV).

Beschäftigten Abgeordnete selbst Mitarbeiter/innen (z.B. im Wahlkreisbüro), sind sie Arbeitgeber im Sinne des § 38 EStG und haben u. a. die Pflicht, die Lohn- und Kirchensteuer sowie den Solidaritätszuschlag vom Arbeitslohn der Mitarbeiter/innen einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Die Abgeordneten haben dann, sofern die Arbeitgeberpflichten nicht von einem Dritten - etwa dem Schleswig-Holsteinischen Landtag - übernommen worden sind, u.a. Art und Höhe des gezahlten Arbeitslohns und die einbehaltene oder übernommene Lohnsteuer in Lohnkonten für die Mitarbeiter/innen aufzuzeichnen.

Spätestens am zehnten Tag nach Ablauf eines jeden Lohnsteuer-Anmeldungszeitraums ist dem Finanzamt eine Lohnsteuer-Anmeldung einzureichen, in der die Summen der im Lohnsteuer-Anmeldungszeitraum einzubehaltenden und zu übernehmenden Lohnsteuer anzugeben ist. Gleichzeitig ist die im Lohnsteuer-Anmeldungszeitraum insgesamt einbehaltene und übernommene Lohnsteuer abzuführen.

Die Lohnsteuer-Anmeldung ist nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung nach Maßgabe der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung zu übermitteln. Lediglich zur Vermeidung von unbilligen Härten kann das Finanzamt auf Antrag auf eine elektronische Übermittlung verzichten; dann ist die Lohnsteuer-Anmeldung in Papierform abzugeben.

Die Steuer ist bei einer Steuerschuld für das vorangegangene Kalenderjahr von mehr als 4.000 Euro monatlich, von mehr als 1.000 Euro vierteljährlich und von nicht mehr als 1.000 Euro jährlich anzumelden.

Für die elektronische Übermittlung der Lohnsteuer-Anmeldungen steht das sog. ELSTER-Verfahren unter [www.elster.de](http://www.elster.de) kostenlos zur Verfügung.

Es gibt drei unterschiedliche Möglichkeiten zur Ermittlung der Lohnsteuer:

- Grundsätzlich ist die Lohnsteuer nach den von der Finanzverwaltung bereitgestellten persönlichen Lohnsteuerabzugsmerkmalen der Mitarbeiter/innen (Familienstand, Steuerklasse usw.) zu berechnen.

- Üben die Mitarbeiter/innen eine sog. geringfügige Beschäftigung aus, bei der das monatliche Arbeitsentgelt regelmäßig 400 Euro nicht übersteigt, können die Abgeordneten bei diesen sog. Mini-Jobs die Lohnsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer unter Verzicht auf die von der Finanzverwaltung bereitgestellten persönlichen Lohnsteuerabzugsmerkmale der Mitarbeiter/innen mit einem einheitlichen Pauschsteuersatz in Höhe von 2 % des Arbeitsentgelts erheben (§ 40a Abs. 2 EStG).

Die einheitliche Pauschsteuer ist ebenso wie die pauschalen Sozialabgaben für die geringfügige Beschäftigung bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (zuvor Bundesknappschaft) anzumelden und dorthin abzuführen.

Haben die Abgeordneten in Fällen einer geringfügigen Beschäftigung nicht die Möglichkeit, pauschale Sozialabgaben für ihre Mitarbeiter/innen zu leisten, etwa weil mehrere sog. Mini-Jobs nebeneinander ausgeübt werden, kann die Lohnsteuer gem. § 40a Abs. 2a EStG mit einem Pauschsteuersatz von 20 % erhoben werden. Diese pauschale Lohnsteuer ist – wie bisher – an das Finanzamt abzuführen.

- Für kurzfristige Beschäftigungen besteht gem. § 40a Abs. 1 EStG die Möglichkeit, die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 25 % des Arbeitslohns zu erheben.

Eine kurzfristige Beschäftigung liegt vor, wenn die Tätigkeit nur gelegentlich und unregelmäßig ausgeübt wird, die Beschäftigung nicht länger als 18 zusammenhängende Tage dauert und

- der Arbeitslohn während dieser Zeit durchschnittlich pro Tag 62 Euro nicht übersteigt oder
- die Beschäftigung zu einem unvorhersehbaren Zeitpunkt sofort erforderlich wird.

Diese pauschale Lohnsteuer ist ebenfalls beim Finanzamt anzumelden und dorthin abzuführen.

Sind die Mitarbeiter/innen nicht Arbeitnehmer/innen der Abgeordneten, obliegen den Abgeordneten keine Arbeitgeberpflichten.

## ARBEITSVERTRAG

### -befristet-

Zwischen ....., MdL

Adresse: .....

als Arbeitgeberin / als Arbeitgeber

und

Frau / Herrn .....

Adresse: .....

als Arbeitnehmerin / als Arbeitnehmer

wird der folgende privatrechtliche befristete Arbeitsvertrag geschlossen:

### § 1

#### Art der Tätigkeit

(1) Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer wird ab ..... als  
Schreibkraft / Bürohilfskraft / Sekretärin / Sekretär / Hilfssachbearbeiterin / Hilfssach-  
bearbeiter / Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter / wissenschaftliche Mitarbeiterin / wis-  
senschaftlicher Mitarbeiter zur Unterstützung bei der Erledigung der mandatsbeding-  
ten Arbeit eingestellt / weiterbeschäftigt.

(2) Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer wird durch diesen Arbeitsvertrag nicht  
Angehörige / Angehöriger des öffentlichen Dienstes.

### § 2

#### Ort der Tätigkeit

Als Hauptbeschäftigungsort (regelmäßige Arbeitsstätte) gilt:

PLZ	Ort der Tätigkeit	Straße	Hausnr.

### **§ 3**

#### **Arbeitszeit**

Als Arbeitszeit werden durchschnittlich . . . Stunden wöchentlich vereinbart.

### **§ 4**

#### **Allgemeine Pflichten**

Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, die ihr / ihm übertragenen Arbeiten nach besten Kräften durchzuführen und die Interessen der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers zu wahren.

### **§ 5**

#### **Entgelt**

(1) Die Arbeitgeberin / Der Arbeitgeber zahlt an die Arbeitnehmerin / den Arbeitnehmer ein monatliches Gehalt in Höhe von . . . Euro  
(in Worten: .....Euro).

### **§ 6**

#### **Gehaltszahlung**

Die Zahlung des Gehaltes erfolgt nach Wahl der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers entweder durch sie / ihn oder durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages am letzten Tag des jeweiligen Kalendermonats. Im letzten Fall führt die Präsidentin oder der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages - soweit erforderlich - auch die Steuern, die Beiträge zur Kranken-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung ab. Sie oder er ist dann auch berechtigt, die Beiträge für krankenversicherungspflichtige Mitglieder von Ersatzkassen unmittelbar an die Kassen zu zahlen.

## **§ 7**

### **Arbeitnehmerdaten**

Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer erklärt sich damit einverstanden, dass die für die Gehaltszahlung und die für die Abführung von Steuern- und Sozialversicherungsbeiträgen notwendigen Daten durch die Arbeitgeberin / den Arbeitgeber und ggf. die Präsidentin oder den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages erhoben, gespeichert, verändert und verarbeitet werden. Hierzu gehören auch die notwendigen Angaben über weitere Teilzeitarbeitsverhältnisse, wie zum Beispiel Beschäftigungsstelle, Gehalt und Arbeitszeit.

## **§ 8**

### **Gehalt während der Krankheit**

(1) Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit sowie bei Arbeitsverhinderung infolge von Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation gem. § 9 Entgeltfortzahlungsgesetz erhält die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer für bestimmte Zeit ihr / sein Gehalt weiter.

(2) Das Gehalt wird weiter gewährt bis zur Dauer von sechs Wochen.

Ab Beginn der 7. Woche gewährt der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin zu dem von der Krankenkasse zu zahlenden Krankengeld ein Krankengeldzuschuss.

Der Krankengeldzuschuss wird bei einer Beschäftigungszeit

- a) von mehr als einem Jahr längstens bis zum Ende der 13. Woche und
- b) von mehr als drei Jahren längstens bis zum Ende der 39. Woche gezahlt.

(3) Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer ist verpflichtet die Arbeitgeberin/ den Arbeitgeber unverzüglich von einer Arbeitsunfähigkeit oder einer Arbeitsverhinderung im Sinne des Absatzes 1 und deren voraussichtlicher Dauer zu benachrichtigen. Bei Arbeitsunfähigkeit, die länger als drei Kalendertage andauert, ist eine ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem darauffolgenden Tag vorzulegen. Bei Arbeitsverhinderung ist eine Bescheinigung über die Bewilligung der Maßnahme durch den Sozialleistungsträger oder eine ärztliche Bescheinigung über die Erforderlichkeit der Maßnahme unverzüglich vorzulegen. Falls Arbeitsunfähigkeit durch einen Dritten verursacht worden ist, ist dies ebenfalls mitzuteilen.

## **§ 9**

### **Feststellung der Arbeitsunfähigkeit**

(1) Die Arbeitgeberin / Der Arbeitgeber kann bei gegebener Veranlassung durch einen Arzt ihrer / seiner Wahl oder das Gesundheitsamt feststellen lassen, ob die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer arbeitsfähig ist. Von der Befugnis darf nicht willkürlich Gebrauch gemacht werden.

(2) Die Kosten der Untersuchung trägt die Arbeitgeberin / der Arbeitgeber.

## **§ 10**

### **Urlaub**

(1) Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer hat für jedes Kalenderjahr Anspruch auf Erholungsurlaub unter Fortzahlung ihres / seines Gehaltes.

(2) Der Urlaub soll grundsätzlich in den sitzungsfreien Zeiten des Schleswig-Holsteinischen Landtages genommen werden.

(3) Der Urlaub beträgt 36 Werktage. Dies entspricht 30 Arbeitstagen bei einer 5 Tage-Woche. Bei einer anderen Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit erhöht oder vermindert sich der Urlaubsanspruch entsprechend.

(4) Der Erholungsurlaub muss spätestens bis zum Ende der sitzungsfreien Osterpause des folgenden Kalenderjahres genommen werden. Wird der Urlaub bis zu diesem Zeitpunkt nicht genommen, so geht der Anspruch verloren, es sei denn, die Inanspruchnahme des Urlaubs war aus dienstlichen Gründen nicht möglich.

## **§ 11**

### **Schweigepflicht**

(1) Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer hat über Angelegenheiten der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt auch für Erkenntnisse, die die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer im Zusammenhang bei der Informationsbeschaffung für die Arbeitgeberin / den Arbeitgeber erlangt hat.

(2) Ohne Genehmigung der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers darf die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer von Schriftstücken weder sich noch anderen Kenntnis, Abschriften oder Ablichtungen verschaffen.

(3) Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer hat auf Verlangen der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers Schriftstücke der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers herauszugeben.

(4) Die Arbeitnehmerin / Der Arbeitnehmer hat für die Nutzung des Schleswig-Holsteinischen Informations-Pools (SHIP) eine getrennte Verpflichtungserklärung entsprechend § 1 Abs. 1 Verpflichtungsgesetz zu unterzeichnen.

## **§ 12**

### **Annahme von Belohnungen und Geschenken**

Ohne Zustimmung der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers dürfen Belohnungen und Geschenke in Bezug auf die ausgeübte Tätigkeit nicht angenommen werden.

## **§13**

### **Befristung, Beendigung, Probezeit, Kündigung**

(1) Das Arbeitsverhältnis ist befristet und endet mit Ablauf des Monats, in dem die / der Abgeordnete aus dem Landtag ausscheidet, spätestens aber mit Ablauf des Monats, in dem die Wahlperiode endet.

(2) Im Falle des Ablebens der / des Abgeordneten endet das befristete Arbeitsverhältnis zum Ende des folgenden Kalendermonats.

(3) Die ersten sechs Monate der Beschäftigung gelten als Probezeit. Während der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist einen Monat zum Ende des Kalendermonats.

(4) Die Kündigungsfrist nach Ablauf der Probezeit beträgt sechs Wochen zum Ende eines Kalendervierteljahres.

**§ 14**  
**Zeugnis**

Der Arbeitnehmerin / Dem Arbeitnehmer ist bei Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis ein Zeugnis auszustellen.

**§ 15**  
**Änderungen und Ergänzungen**

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden, die diesem Vertrag entgegenstehen, sind nicht getroffen.

**§ 16**  
**Gerichtsstand**

Bei einem Rechtsstreit zwischen Arbeitgeberin / Arbeitgeber und Arbeitnehmerin / Arbeitnehmer ist der Hauptbeschäftigungsort der Arbeitnehmerin / des Arbeitnehmers Gerichtsstand.

\_\_\_\_\_  
Ort ,Datum

.....  
Unterschrift der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers

.....  
Unterschrift der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers

Hinweis (gilt nur im Falle der geringfügigen Beschäftigung)

Übt Arbeitnehmer mit diesem Arbeitsverhältnis einer geringfügige Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch aus, hat der Arbeitnehmer die Möglichkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung die Stellung eines versicherungspflichtigen Arbeitnehmers zu erwerben, wenn er nach § 5 Abs. 2 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch auf die Versicherungsfreiheit durch Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber verzichtet.

Ausfertigung für die Arbeitgeberin/für den Arbeitgeber

Ausfertigung für die Arbeitnehmerin/für den Arbeitnehmer

Ausfertigung für die Präsidentin oder den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages



Zusatz für Versorgungsempfänger:

Ich erhalte Versorgungsbezüge nach beamten- bzw. soldatenrechtlichen Grundsätzen

von/vom \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ EURO

Bearb. Nr.: \_\_\_\_\_ Personalnummer: \_\_\_\_\_

Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, dieser Stelle Einkünfte aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst anzuzeigen.

6. Ich will künftig berufsmäßig als Arbeitnehmer oder Beamter tätig sein: ☐ nein ☐ ja weil (Grund für die künftige Tätigkeit): \_\_\_\_\_

7. Im laufenden Kalenderjahr war ich wie folgt gegen Entgelt beschäftigt: \*)

a) bei \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_  
Bruttoentgelt \_\_\_\_\_ EURO monatlich an \_\_\_\_\_ Tag(en) in der Woche.

*Nur auszufüllen bei einem monatlichen Bruttoentgelt bis 400 EURO:*

mein damaliger Arbeitgeber hat Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung entrichtet: ☐ ja ☐ nein

b) bei \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_  
Bruttoentgelt \_\_\_\_\_ EURO monatlich an \_\_\_\_\_ Tag(en) in der Woche.

*Nur auszufüllen bei einem monatlichen Bruttoentgelt bis 400 EURO:*

mein damaliger Arbeitgeber hat Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung entrichtet: ☐ ja ☐ nein

8. ☐ Ich war zuletzt / ☐ bin zurzeit bei folgender gesetzlicher Krankenkasse versichert bzw. familienversichert: \_\_\_\_\_

☐ Ich will bei folgender gesetzlicher Krankenkasse versichert werden  
(Mitgliedsbescheinigung liegt bei ☐ folgt unverzüglich ☐:)

☐ Ich bin bisher bei keiner gesetzlichen Krankenkasse versichert gewesen und werde mein Wahlrecht nicht ausüben.

Zurzeit bin ich privat bei \_\_\_\_\_ gegen Krankheit versichert.  
Diese Versicherung bestand bereits am 31. 12. 2002 ☐ ja ☐ nein

*Hinweis: Wenn eine Mitgliedsbescheinigung nicht innerhalb von 14 Tagen nach Aufnahme einer Beschäftigung dem Arbeitgeber vorgelegt wird, erfolgt die Anmeldung ab Beginn der Versicherungspflicht bei der letzten Krankenkasse oder einer Krankenkasse nach Wahl des Arbeitgebers. Die Durchführung der Pflegeversicherung erfolgt bei der Krankenkasse, bei der die Mitgliedschaft zur Krankenversicherung besteht.*

9. Nur ausfüllen, wenn das 55. Lebensjahr bereits vollendet ist

a) Ich war in den vergangenen fünf Jahren bei einer gesetzlichen Krankenkasse Mitglied oder durch meinen Ehegatten familienversichert

☐ ja bei der (Bezeichnung der Krankenkasse): \_\_\_\_\_  
für die Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

☐ nein, ich bzw. mein Ehegatte (bei Familienversicherung) war

☐ krankenversicherungsfrei für die Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

☐ von der Krankenversicherungspflicht auf Antrag befreit f. d. Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

☐ als Selbständiger krankenversicherungsfrei für die Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

- b) Bis zum Beginn meiner Beschäftigung war ich arbeitslos ☐ ja ☐ nein

10. Nur auszufüllen bei einer geringfügigen Beschäftigung (Einkommen bis zur Höhe von 400 EURO monatlich):

Ich verzichte auf die Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung mit Wirkung für die Zukunft

☐ Nein

☐ Ja.

Mir ist bekannt, dass der jeweilige Arbeitnehmeranteil von meinem Arbeitsentgelt einbehalten wird. Da bei mehreren geringfügigen Beschäftigungen dieser Verzicht nur einheitlich erklärt werden kann, verpflichte ich mich, bei Vorliegen weiterer geringfügiger Beschäftigungen einen entsprechenden Verzicht gegenüber den anderen Arbeitgebern auszusprechen. Dieser Verzicht ist für die gesamte Dauer des Beschäftigungsverhältnisses bindend.

Hinweis

Geht die Erklärung innerhalb von 2 Wochen nach Aufnahme der geringfügigen Beschäftigung beim Arbeitgeber ein, wirkt der Verzicht auf die Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung auf den Beginn der Beschäftigung zurück.

11. Nur auszufüllen bei einem Gesamteinkommen zwischen 400,01 EURO und 800 EURO.

Ich möchte für mein tatsächliches (nicht für ein reduziertes fiktives) Einkommen Arbeitnehmeranteile zur Rentenversicherung entrichten

☐ nein. Mir ist bekannt, dass dadurch meine Rentenanwartschaften sich ermäßigen

☐ ja. Mir ist bewusst, dass dadurch höhere Arbeitnehmeranteile anfallen

Änderungen in den vorstehenden Angaben werde ich unverzüglich durch  
besonderes Schreiben mitteilen.



Dazu gehört bei Studenten insbesondere das Bestehen des Diploms bzw. des Examens

Ort und Datum

Unterschrift des Arbeitnehmers

Verpflichtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten des Schl.-H. Landtages  
entsprechend dem Verpflichtungsgesetz

## Niederschrift über die förmliche Verpflichtung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Arbeitnehmerin / Arbeitnehmer:

Frau .....

Herr .....

ist entsprechend § 1 Abs. 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 02.03.1974 (BGBl. 1974 I S. 469, 547)  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.08.1974 (BGBl. 1974 I S. 1942)

von der Landtagsabgeordneten Frau .....

von dem Landtagsabgeordneten Herrn .....

auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer / seiner Obliegenheiten hinsichtlich der Nutzung des Schleswig-  
Holsteinischen Informations-Pools (SHIP) und Extranet des ParlaNet verpflichtet worden.

Auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung wurde hingewiesen und über den Inhalt und die  
Anwendbarkeit der folgenden Vorschriften des Strafgesetzbuches informiert.

- § 133 Abs. 3 Verwahrungsbruch,
- § 201 Abs. 3 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes,
- § 203 Abs. 2,4,5 Verletzung von Privatgeheimnissen,
- § 204 Verwertung fremder Geheimnisse,
- §§ 331, 332 Vorteilsannahme und Bestechlichkeit,
- § 335 Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung,
- § 336 Unterlassen der Diensthandlung,
- § 338 Vermögensstrafe und Erweiterter Verfall,
- § 353 b Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht,
- § 358 Nebenfolgen,
- § 355 Verletzung des Steuergeheimnisses.

Die Vorschriften können im Volltext unter <http://www.gesetze-im-internet.de/> eingesehen werden.

Sie / Er hat einen Abdruck dieser Niederschrift erhalten.

Datum: .....

Ort: .....

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift Verpflichtende/r)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift Verpflichtete/r)

Das nachstehende Merkblatt muss in zweifacher Ausfertigung ausgehändigt werden. Ein Exemplar erhält die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer, das zweite Exemplar wird an die Landtagsverwaltung geleitet.

## **Leistungsrechtliche Hinweise zur frühzeitigen Arbeitsuchmeldung** *- telefonische bzw. schriftliche Mitteilung zur Fristwahrung-*

Ihre telefonische bzw. schriftliche Mitteilung ist **der erste Schritt** zur Arbeitsuchmeldung nach § 38 Abs. 1 SGB III.

### Persönliche Arbeitsuchmeldung (§ 38 Abs. 1 SGB III)

Sie müssen sich als Arbeitnehmer **spätestens 3 Monate vor dem Ende** Ihres Arbeits- oder außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisses bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitsuchend melden. Dies dient dazu, eine möglichst frühe Vermittlung durch die Agentur für Arbeit sicher zu stellen. Wenn Sie von dem Ende erst später erfahren, müssen Sie sich **innerhalb der nächsten 3 Arbeitstage** bei der Agentur für Arbeit melden.

Um Ihnen die Arbeitsuchmeldung zu erleichtern, könnten Sie zunächst telefonisch bzw. schriftlich die Beendigung Ihres Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses anzeigen. Ihre Mitteilung wird aber erst wirksam (**zweiter Schritt** zur Arbeitsuchmeldung nach § 38 Abs. 1 SGB III), wenn Sie den mit der Agentur für Arbeit vereinbarten Termin für die persönliche Arbeitsuchmeldung wahrnehmen. Damit vermeiden Sie finanzielle Nachteile.

Können Sie den vereinbarten Termin für Ihr Beratungsgespräch in der Agentur aus wichtigem Grund nicht einhalten, vereinbaren Sie bitte einen neuen Gesprächstermin. Bitte nutzen Sie hierfür montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr die Rufnummer 01801 555 111\* (\* Festnetzpreis 3,9 ct/min; Mobilfunkpreise abweichend).

### Sperrzeit bei verspäteter Arbeitsuchmeldung

Wenn Sie sich nicht rechtzeitig oder nicht wirksam arbeitsuchend melden, weil Sie **den mit der Agentur für Arbeit vereinbarten Termin ohne wichtigen Grund nicht einhalten**, tritt eine Sperrzeit von einer Woche ein. Während der Sperrzeit erhalten Sie kein Arbeitslosengeld, weil der Anspruch ruht.

*Zum Verbleib beim Arbeitgeber/  
Arbeitnehmer*

## Drittes Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung -

Erstes Kapitel - Allgemeine Vorschriften (§§ 1 - 23)

Erster Abschnitt - Grundsätze (§§ 1 - 11)

### **§ 2**

#### **Zusammenwirken mit den Agenturen für Arbeit**

(1) Die Agenturen für Arbeit erbringen insbesondere Dienstleistungen für Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem sie

1. Arbeitgeber regelmäßig über Ausbildungs- und Arbeitsmarktentwicklungen, Ausbildungsuchende, Fachkräfteangebot und berufliche Bildungsmaßnahmen informieren sowie auf den Betrieb zugeschnittene Arbeitsmarktberatung und Vermittlung anbieten und
2. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Vorbereitung der Berufswahl und zur Erschließung ihrer beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten beraten, Vermittlungsangebote zur Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme entsprechend ihren Fähigkeiten unterbreiten sowie sonstige Leistungen der Arbeitsförderung erbringen.

(2) Die Arbeitgeber haben bei ihren Entscheidungen verantwortungsvoll deren Auswirkungen auf die Beschäftigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und von Arbeitslosen und damit die Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitsförderung einzubeziehen. Sie sollen dabei insbesondere

1. im Rahmen ihrer Mitverantwortung für die Entwicklung der beruflichen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Anpassung an sich ändernde Anforderungen sorgen,
2. vorrangig durch betriebliche Maßnahmen die Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitsförderung sowie Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vermeiden,
3. Arbeitnehmer vor der Beendigung des Arbeitsverhältnisses frühzeitig über die Notwendigkeit eigener Aktivitäten bei der Suche nach einer anderen Beschäftigung sowie über die Verpflichtung zur Meldung nach § 38 Abs. 1 bei der Agentur für Arbeit informieren, sie hierzu freistellen und die Teilnahme an erforderlichen Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ermöglichen.

(3) Die Arbeitgeber sollen die Agenturen für Arbeit frühzeitig über betriebliche Veränderungen, die Auswirkungen auf die Beschäftigung haben können, unterrichten. Dazu gehören insbesondere Mitteilungen über

1. zu besetzende Ausbildungs- und Arbeitsstellen,
2. geplante Betriebserweiterungen und den damit verbundenen Arbeitskräftebedarf,
3. die Qualifikationsanforderungen an die einzustellenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
4. geplante Betriebseinschränkungen oder Betriebsverlagerungen sowie die damit verbundenen Auswirkungen und

5. Planungen, wie Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vermieden oder Übergänge in andere Beschäftigungsverhältnisse organisiert werden können.

(4) Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei ihren Entscheidungen verantwortungsvoll deren Auswirkungen auf ihre beruflichen Möglichkeiten einzubeziehen. Sie sollen insbesondere ihre berufliche Leistungsfähigkeit den sich ändernden Anforderungen anpassen.

(5) Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben zur Vermeidung oder zur Beendigung von Arbeitslosigkeit insbesondere

1. ein zumutbares Beschäftigungsverhältnis fortzusetzen,
2. eigenverantwortlich nach Beschäftigung zu suchen, bei bestehendem Beschäftigungsverhältnis frühzeitig vor dessen Beendigung,
3. eine zumutbare Beschäftigung aufzunehmen und
4. an einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme teilzunehmen.

Fassung aufgrund des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011 (BGBl. I S. 2854) m.W.v. 01.04.2012.

## Drittes Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung -

Drittes Kapitel - Aktive Arbeitsförderung (§§ 29 - 135)

Erster Abschnitt - Beratung und Vermittlung (§§ 29 - 43)

Zweiter Unterabschnitt - Vermittlung (§§ 35 - 39)

### **§ 38**

#### **Rechte und Pflichten der Ausbildung- und Arbeitsuchenden**

(1) Personen, deren Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis endet, sind verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor dessen Beendigung persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden. Liegen zwischen der Kenntnis des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses weniger als drei Monate, haben sie sich innerhalb von drei Tagen nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes zu melden. Zur Wahrung der Frist nach den Sätzen 1 und 2 reicht eine Anzeige unter Angabe der persönlichen Daten und des Beendigungszeitpunktes aus, wenn die persönliche Meldung nach terminlicher Vereinbarung nachgeholt wird. Die Pflicht zur Meldung besteht unabhängig davon, ob der Fortbestand des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses gerichtlich geltend gemacht oder vom Arbeitgeber in Aussicht gestellt wird. Die Pflicht zur Meldung gilt nicht bei einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis. Im Übrigen gelten für Ausbildung- und Arbeitsuchende die Meldepflichten im Leistungsverfahren nach den §§ 309 und 310 entsprechend.

(2) Ausbildung- und Arbeitsuchende, die Dienstleistungen der Bundesagentur in Anspruch nehmen, haben dieser die für eine Vermittlung erforderlichen Auskünfte zu erteilen, Unterlagen vorzulegen und den Abschluss eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses unter Benennung des Arbeitgebers und seines Sitzes unverzüglich mitzuteilen. Sie können die Weitergabe ihrer Unterlagen von deren Rückgabe an die Agentur für Arbeit abhängig machen oder ihre Weitergabe an namentlich benannte Arbeitgeber ausschließen. Die Anzeige- und Bescheinigungspflichten im Leistungsverfahren bei Arbeitsunfähigkeit nach § 311 gelten entsprechend.

(3) Die Arbeitsvermittlung ist durchzuführen,

1. solange die oder der Arbeitsuchende Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit oder Transferkurzarbeitergeld beansprucht oder
2. bis bei Meldepflichtigen nach Absatz 1 der angegebene Beendigungszeitpunkt des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses erreicht ist.

Im Übrigen kann die Agentur für Arbeit die Arbeitsvermittlung einstellen, wenn die oder der Arbeitsuchende die ihr oder ihm nach Absatz 2 oder der Eingliederungsvereinbarung oder dem Verwaltungsakt nach § 37 Absatz 3 Satz 4 obliegenden Pflichten nicht erfüllt, ohne dafür einen wichtigen Grund zu haben. Die oder der Arbeitsuchende kann die Arbeitsvermittlung erneut nach Ablauf von zwölf Wochen in Anspruch nehmen.

(4) Die Ausbildungsvermittlung ist durchzuführen,

1. bis die oder der Ausbildungsuchende in Ausbildung, schulische Bildung oder Arbeit einmündet oder sich die Vermittlung anderweitig erledigt oder
2. solange die oder der Ausbildungsuchende dies verlangt.

Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

Fassung aufgrund des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011 (BGBI. I S. 2854) m.W.v. 01.04.2012.

# Drittes Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung -

Viertes Kapitel - Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld (§§ 136 - 175)

Erster Abschnitt - Arbeitslosengeld (§§ 136 - 164)

Fünfter Unterabschnitt - Minderung des Arbeitslosengeldes, Zusammentreffen des Anspruchs mit sonstigem Einkommen und Ruhen des Anspruchs (§§ 155 - 160)

## Gliederung

### **§ 159**

#### **Ruhen bei Sperrzeit**

(1) Hat die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer sich versicherungswidrig verhalten, ohne dafür einen wichtigen Grund zu haben, ruht der Anspruch für die Dauer einer Sperrzeit.

Versicherungswidriges Verhalten liegt vor, wenn

1. die oder der Arbeitslose das Beschäftigungsverhältnis gelöst oder durch ein arbeitsvertragswidriges Verhalten Anlass für die Lösung des Beschäftigungsverhältnisses gegeben oder dadurch vorsätzlich oder grob fahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt hat (Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe),
2. die bei der Agentur für Arbeit als arbeitsuchend gemeldete (§ 38 Absatz 1) oder die arbeitslose Person trotz Belehrung über die Rechtsfolgen eine von der Agentur für Arbeit unter Benennung des Arbeitgebers und der Art der Tätigkeit angebotene Beschäftigung nicht annimmt oder nicht antritt oder die Anbahnung eines solchen Beschäftigungsverhältnisses, insbesondere das Zustandekommen eines Vorstellungsgespräches, durch ihr Verhalten verhindert (Sperrzeit bei Arbeitsablehnung),
3. die oder der Arbeitslose trotz Belehrung über die Rechtsfolgen die von der Agentur für Arbeit geforderten Eigenbemühungen nicht nachweist (Sperrzeit bei unzureichenden Eigenbemühungen),
4. die oder der Arbeitslose sich weigert, trotz Belehrung über die Rechtsfolgen an einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (§ 45) oder einer Maßnahme zur beruflichen Ausbildung oder Weiterbildung oder einer Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsleben teilzunehmen (Sperrzeit bei Ablehnung einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme),
5. die oder der Arbeitslose die Teilnahme an einer in Nummer 4 genannten Maßnahme abbricht oder durch maßnahmewidriges Verhalten Anlass für den Ausschluss aus einer dieser Maßnahmen gibt (Sperrzeit bei Abbruch einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme),
6. die oder der Arbeitslose einer Aufforderung der Agentur für Arbeit, sich zu melden oder zu einem ärztlichen oder psychologischen Untersuchungstermin zu erscheinen (§ 309), trotz Belehrung über die Rechtsfolgen nicht nachkommt oder nicht nachgekommen ist (Sperrzeit bei Meldeversäumnis),
7. die oder der Arbeitslose der Meldepflicht nach § 38 Absatz 1 nicht nachgekommen ist (Sperrzeit bei verspäteter Arbeitsuchendmeldung).

Die Person, die sich versicherungswidrig verhalten hat, hat die für die Beurteilung eines wichtigen Grundes maßgebenden Tatsachen darzulegen und nachzuweisen, wenn diese Tatsachen in ihrer Sphäre oder in ihrem Verantwortungsbereich liegen.

(2) Die Sperrzeit beginnt mit dem Tag nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begründet, oder, wenn dieser Tag in eine Sperrzeit fällt, mit dem Ende dieser Sperrzeit. Werden mehrere Sperrzeiten durch dasselbe Ereignis begründet, folgen sie in der Reihenfolge des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 bis 7 einander nach.

(3) Die Dauer der Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe beträgt zwölf Wochen. Sie verkürzt sich

1. auf drei Wochen, wenn das Arbeitsverhältnis innerhalb von sechs Wochen nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begründet, ohne eine Sperrzeit geendet hätte,
2. auf sechs Wochen, wenn
  - a) das Arbeitsverhältnis innerhalb von zwölf Wochen nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begründet, ohne eine Sperrzeit geendet hätte oder
  - b) eine Sperrzeit von zwölf Wochen für die arbeitslose Person nach den für den Eintritt der Sperrzeit maßgebenden Tatsachen eine besondere Härte bedeuten würde.

(4) Die Dauer der Sperrzeit bei Arbeitsablehnung, bei Ablehnung einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme oder bei Abbruch einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme beträgt

1. im Fall des erstmaligen versicherungswidrigen Verhaltens dieser Art drei Wochen,
2. im Fall des zweiten versicherungswidrigen Verhaltens dieser Art sechs Wochen,
3. in den übrigen Fällen zwölf Wochen.

Im Fall der Arbeitsablehnung oder der Ablehnung einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme nach der Meldung zur frühzeitigen Arbeitsuche (§ 38 Absatz 1) im Zusammenhang mit der Entstehung des Anspruchs gilt Satz 1 entsprechend.

(5) Die Dauer einer Sperrzeit bei unzureichenden Eigenbemühungen beträgt zwei Wochen.

(6) Die Dauer einer Sperrzeit bei Meldeversäumnis oder bei verspäteter Arbeitsuchendmeldung beträgt eine Woche.

Vorschrift eingefügt durch das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011 (BGBl. I S. 2854) m.W.v. 01.04.2012.

### Hinweise zum Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Das SH AbgG sieht bei der Reisekostenentschädigung (§§ 10, 12 bis 14) Einzelabrechnung für jede zurückgelegte Reise vor. Dazu dient der beigegefügte **Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete**, den Sie auch unter <http://intern.parlanet.de/abg-info/formulare.html> finden. Über den Dienst Parlainfo @nywhere ist dieser auch über jeden beliebigen Internetanschluss erreichbar.

Zur Erläuterung ist nachfolgend ein Musterantrag beigegefügt.

#### Ausfüllen des Antrages mit Hilfe des PCs:

Der Reisekostenentschädigungsantrag ist mit einem Formularmodus versehen; Sie können nur die grau hinterlegten Felder ausfüllen. Mit Hilfe der „Enter-Taste“ erreichen Sie im jeweiligen Feld, in dem Sie sich gerade befinden, eine neue Zeile. Mit Hilfe der „Tab-Taste“ gelangen Sie von einem hinterlegten Feld in das nächste.

#### Ausfüllen des Antrages per Hand:

Bitte füllen Sie nur die folgenden Felder auf Ihrem Antrag aus:

##### *Auf den Seiten 1 (und ggfs. 2 und 3):*

- Tag (Tag der Reise, bei mehrtägigen Reisen bitte eine Zeile pro Tag)
- Reisezweck (siehe Legende am Ende der Seite)
- Fahrstrecke/Ort der Veranstaltung (Start-, Zwischen- und Endziele der jeweiligen Reise)
- km (Anzahl der gefahrenen Kilometer)
- Übernachtungskosten (sofern angefallen, Nachweis: Hotelrechnung)
- Weitere Fahrkosten (Kosten die bei der Nutzung von Flugzeugen, der Bahn, öffentlichen Verkehrsmitteln und in Ausnahmefällen Taxen entstanden sind mit Nachweisen).

**WICHTIG: Nur wenn die Kosten bei Ihnen tatsächlich angefallen sind; nicht wenn die Landtagsverwaltung den Flug, die Zugfahrt, etc. direkt bezahlt hat.**

Das Formular ist auf einen Monat ausgelegt und daher über vier Seiten. Bitte senden Sie jedoch nur die genutzten Seiten an die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung.

##### *Auf der Seite 4:*

- ggfs. Erläuterungen der sonstigen Fahr- und Nebenkosten (z. B. Parkkosten, Taxikosten, etc.)
- Kontonummer
- BLZ
- Name des Geldinstituts
- Ort, Datum, Unterschrift

Die Felder der Zwischensummen der einzelnen Seiten und auf der letzten Seite, sowie der Gesamtsumme und des abgerundeten Gesamtbetrages werden von der Landtagsverwaltung ausgefüllt.

Bitte reichen Sie pro Antrag nur Reisekosten eines Monats ein und leiten diesen zeitnah – soweit möglich innerhalb des laufenden Haushaltsjahres – über Ihre/n parlamentarische Geschäftsführerin/parlamentarischen Geschäftsführer an die unten angegebenen Mitarbeiter weiter. Nach der Bearbeitung erhalten Sie eine Kopie des Antrages für Ihre Unterlagen, die gleichzeitig als Beleg für Ihre Steuererklärung gilt.

Bei eventuellen Fragen stehen Ihnen dazu [REDACTED] und im Vertretungsfall [REDACTED] (beide im Raum 135 LH) als Bearbeiter der Anträge gerne zur Verfügung.

## Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete

- I. für Fahrten zu Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, im Auftrag eines Ausschusses, im Auftrag des Landtages, im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten und zu Veranstaltungen des Landtages (§ 10 Abs. 1 u. 2 u § 14 SH AbgG)
- II. für Fahrten zu Sitzungen der Fraktionen, der Fraktionsarbeitskreise und im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises (§ 10 Abs. 1 u. 2 SH AbgG)
- III. für Fahrten im Wahlkreis (§ 10 Abs. 1 SH AbgG)

1	2	3	4	5	6
Tag	Reisezweck (Landtag, Ausschuss, Wahlkreis, etc.)	Fahrstrecke / Ort der Veranstaltung	km	Über- nachungs- kosten	Weitere Fahrkosten (Bahn-, Flug-, ÖPNV-, Taxi, etc.)

Name der/des Abgeordneten:			Monat/Jahr:		
Zwischensumme der Seite:					

Legende:

- I.: LT: Sitzung Landtag, ÄR: Sitzung Ältestenrat, A: Ausschuss, A-A: Auftrag Ausschuss, A-LT: im Auftrag des Landtages, A-LP: im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten, V-LT: Veranstaltungen des Landtages
- II.: F: Sitzungen der Fraktionen, FAK: Fraktionsarbeitskreis, A-FAK: Auftrag Fraktionsarbeitskreis
- III.: WK: Fahrten im Wahlkreis

Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete

- I. für Fahrten zu Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, im Auftrag eines Ausschusses, im Auftrag des Landtages, im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten und zu Veranstaltungen des Landtages (§ 10 Abs. 1 u. 2 u § 14 SH AbgG)
- II. für Fahrten zu Sitzungen der Fraktionen, der Fraktionsarbeitskreise und im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises (§ 10 Abs 1 u. 2 SH AbgG)
- III. für Fahrten im Wahlkreis (§ 10 Abs. 1 SH AbgG)

1	2	3	4	5	6
Tag	Reisezweck (Landtag, Ausschuss, Wahlkreis, etc.)	Fahrstrecke / Ort der Veranstaltung	km	Über- nachtungs- kosten	Weitere Fahrkosten (Bahn-, Flug-, ÖPNV-, Taxi, etc.)

Name der/des Abgeordneten:		Monat/Jahr:		
Zwischensumme Seite :				
Zwischensumme Seite :				
Zwischensumme Seite :				
Zwischensumme Seite :				
Gesamtsumme:				

1) Erläuterungen der sonstigen Fahr- und Nebenkosten:	
2) Gesamtbetrag abgerundet auf volle €:	

Ich versichere die Richtigkeit der vorliegenden Angaben und bitte um Überweisung auf das

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Name des Geldinstituts: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Sachlich richtig zu I:

\_\_\_\_\_

Sachlich richtig zu II:

\_\_\_\_\_  
Parlamentarische/r Geschäftsführer/in oder  
Vertreter/in

Rechnerisch Richtig zu I bis III:

\_\_\_\_\_

Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete

- I. für Fahrten zu Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, im Auftrag eines Ausschusses, im Auftrag des Landtages, im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten und zu Veranstaltungen des Landtages (§ 10 Abs. 1 u. 2 u § 14 SH AbgG)
- II. für Fahrten zu Sitzungen der Fraktionen, der Fraktionsarbeitskreise und im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises (§ 10 Abs 1 u. 2 SH AbgG)
- III. für Fahrten im Wahlkreis (§ 10 Abs. 1 SH AbgG)

1	2	3	4	5	6
Tag	Reisezweck (Landtag, Ausschuss, Wahlkreis, etc.)	Fahrstrecke / Ort der Veranstaltung	km	Über- nachtungs- kosten	Weitere Fahrkosten (Bahn-, Flug-, ÖPNV-, Taxi-, etc.)

Name der/des Abgeordneten: Gerd Mustermann			Monat/Jahr: November 2009		
06.	ÄR	Plön-Kiel-Plön	72		
07.	A-LP	Plön-Hamburg Flug Hamburg-Frankfurt und zurück Frankfurt-Wiesbaden (Landtag Hessen)	102	97,--	199,-- 20,-- Taxi
08.	A-LP	Wiesbaden-Frankfurt Flug Frankfurt-Hamburg Hamburg-Plön	102		20,-- Taxi 6,-- Parken
12	F	Plön-Kiel-Plön	72		
13.	LT	Kiel-Plön	36	86,--	
14.	LT	---		86,--	
15.	LT	Kiel-Plön	36		
18.	FAK Bildung WK	Plön-Kiel-Plön Plön-Preetz-Lütjenburg-Plön	72 86		
19.	F	Plön-Kiel-Plön	72		
20.	FAK Inneres A-FAK Inneres	Plön-Kiel-Plön Kiel-Schleswig-Plön	36 158		
Zwischensumme der Seite:					

Legende:

I.: LT: Sitzung Landtag, ÄR: Sitzung Ältestenrat, A: Ausschuss, A-A: Auftrag Ausschuss, A-LT: im Auftrag des Landtages, A-LP: im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten, V-LT: Veranstaltungen des Landtages

II.: F: Sitzungen der Fraktionen, FAK: Fraktionsarbeitskreis, A-FAK: Auftrag Fraktionsarbeitskreis

III.: WK: Fahrten im Wahlkreis

Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete

- I. für Fahrten zu Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, im Auftrag eines Ausschusses, im Auftrag des Landtages, im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten und zu Veranstaltungen des Landtages (§ 10 Abs. 1 u. 2 u § 14 SH AbgG)
- II. für Fahrten zu Sitzungen der Fraktionen, der Fraktionsarbeitskreise und im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises (§ 10 Abs 1 u. 2 SH AbgG)
- III. für Fahrten im Wahlkreis (§ 10 Abs. 1 SH AbgG)

1	2	3	4	5	6
Tag	Reisezweck (Landtag, Ausschuss, Wahlkreis, etc.)	Fahrtstrecke / Ort der Veranstaltung	km	Über- nachtungs- kosten	Weitere Fahrkosten (Bahn-, Flug-, ÖPNV-, Taxi-, etc.)

Name der/des Abgeordneten: Gerd Mustermann			Monat/Jahr: November 2009		
21.	A-A Agrar	Plön-Rendsburg-Plön (NORLA)	132		7,50 Parken
25.	WK	Plön-Schwentinetal-Leptien-Plön	73		
27.	A Agrar	Plön-Kiel-Plön	72		
28.	A-LT	Plön-Berlin (Tagung Bundestag), Bahnfahrt 1. Kl.		104,--	55,50 7,50 Taxi
29.	A-LT	Hotel-Bundestag-Hotel		104,--	2.- Tageskarte ÖPNV-Berlin
30.	A-LT	Berlin-Plön, Bahnfahrt 1. Kl. (inkl. Taxi-Transfer zum Bahnhof)			7,50 Taxi 55,50
Zwischensumme der Seite:					

Legende

I.: LT: Sitzung Landtag, AR: Sitzung Ältestenrat, A: Ausschuss, A-A: Auftrag Ausschuss, A-LT: im Auftrag des Landtages, A-LP: im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten, V-LT: Veranstaltungen des Landtages

II.: F: Sitzungen der Fraktionen, FAK: Fraktionsarbeitskreis, A-FAK: Auftrag Fraktionsarbeitskreis

III.: WK: Fahrten im Wahlkreis

## Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete

- I. für Fahrten zu Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, im Auftrag eines Ausschusses, im Auftrag des Landtages, im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten und zu Veranstaltungen des Landtages (§ 10 Abs. 1 u. 2 u. § 14 SH AbgG)
- II. für Fahrten zu Sitzungen der Fraktionen, der Fraktionsarbeitskreise und im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises (§ 10 Abs. 1 u. 2 SH AbgG)
- III. für Fahrten im Wahlkreis (§ 10 Abs. 1 SH AbgG)

1	2	3	4	5	6
Tag	Reisezweck (Landtag, Ausschuss, Wahlkreis, etc.)	Fahrstrecke / Ort der Veranstaltung	km	Über- nachtungs- kosten	Weitere Fahrkosten (Bahn-, Flug-, ÖPNV-, Taxi-, etc.)

Name der/des Abgeordneten: Gerd Mustermann			Monat/Jahr: November 2009		
Zwischensumme der Seite:					

Legende:

- I.: LT: Sitzung Landtag, ÄR: Sitzung Ältestenrat, A: Ausschuss, A-A: Auftrag Ausschuss, A-LT: im Auftrag des Landtages, A-LP: im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten, V-LT: Veranstaltungen des Landtages
- II.: F: Sitzungen der Fraktionen, FAK: Fraktionsarbeitskreis, A-FAK: Auftrag Fraktionsarbeitskreis
- III.: WK: Fahrten im Wahlkreis

**Reisekostenentschädigungsantrag für Abgeordnete**

- I. für Fahrten zu Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, im Auftrag eines Ausschusses, im Auftrag des Landtages, im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten und zu Veranstaltungen des Landtages (§ 10 Abs. 1 u. 2 u § 14 SH AbgG)
- II. für Fahrten zu Sitzungen der Fraktionen, der Fraktionsarbeitskreise und im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises (§ 10 Abs 1 u. 2 SH AbgG)
- III. für Fahrten im Wahlkreis (§ 10 Abs. 1 SH AbgG)

1	2	3	4	5	6
Tag	Reisezweck (Landtag, Ausschuss, Wahlkreis, etc.)	Fahrstrecke / Ort der Veranstaltung	km	Über- nachtungs- kosten	Weitere Fahrkosten (Bahn-, Flug-, ÖPNV-, Taxi-, etc.)

Zwischensumme Seite :				
Zwischensumme Seite :				
Zwischensumme Seite :				
Zwischensumme Seite :				
Gesamtsumme:				

1) Erläuterungen der sonstigen Fahr- und Nebenkosten:	Taxikosten waren aufgrund des Gepäcks notwendig. Für die Fahrten Frankfurt-Wiesbaden und zurück wurde ein Festpreis vereinbart.
2) Gesamtbetrag abgerundet auf volle €:	

Ich versichere die Richtigkeit der vorliegenden Angaben und bitte um Überweisung auf das

Konto-Nr.: 123456

BLZ: 20010030

Name des Geldinstituts: Postbank Plön

Plön 02.12.09

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Sachlich richtig zu I:

Sachlich richtig zu II:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Parlamentarische/r Geschäftsführer/in oder  
Vertreter/in

Rechnerisch Richtig zu I bis III:

\_\_\_\_\_

#### 4 Reisekostenentschädigung

##### Fragen und Antworten zur Erstattung von Fahrkosten

**1. Werden die Fahrkosten eines/r auswärtigen Abgeordneten zum Landtag nach Kiel erstattet, wenn er/sie sich im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises in den Landtag begibt und dort z. B. eine Presseerklärung für den Fraktionsarbeitskreis fertigt?**

Wenn für diesen Auftrag des FAK die Zustimmung der oder des Fraktionsvorsitzenden vorliegt, und die/der parlamentarische Geschäftsführer/in dies durch die Feststellung der sachlichen Richtigkeit auf dem Reisekostenentschädigungsantrag bestätigt, werden die Kosten erstattet.

**2. Werden die Fahrkosten eines/r auswärtigen Abgeordneten erstattet, wenn er/sie im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises vom Wohnsitz an einen dritten Ort (z. B. Rendsburg) fährt und von da aus zum Landtag?**

Die Fahrkosten vom Wohnort zu einem dritten Ort im Auftrag eines FAK werden erstattet, wenn für diesen Auftrag die Zustimmung der oder des Fraktionsvorsitzenden vorliegt und die/der parlamentarische Geschäftsführer/in dies durch die Feststellung der sachlichen Richtigkeit auf dem Reisekostenantrag bestätigt.

Die Fahrkosten von dort zum Landtag und zurück zum Wohnort werden nur dann erstattet, wenn die Fahrt aufgrund eines in § 10 (1) oder (2) SH AbgG genannten Anlasses durchgeführt worden ist.

Liegt ein solcher Anlass nicht vor, werden nur die fiktiven Fahrkosten erstattet, die entstanden wären, wenn die/der Abgeordnete vom dritten Ort zurück zum Wohnort gefahren wäre.

**3. Erhält ein/e Abgeordnete/r, die/der keinen eigenen Pkw hat, die Taxikosten erstattet, die sie/er aufwendet, um im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises an einen Ort zu gelangen, der mit einem öffentlichen Verkehrsmittel entweder gar nicht oder jedenfalls in zumutbarer Weise zur fraglichen Zeit nicht zu erreichen ist?**

Nach § 13 (1b) SH AbgG können bei Benutzung eines Taxis nur die Fahrkosten in Höhe eines regelmäßig verkehrenden öffentlichen Beförderungsmittels erstattet werden (siehe auch Ziff. 4.7 der Ausführungsbestimmungen zu § 13 (1) SH AbgG). Ausnahmen stellen Zubringerfahrten zu Flughäfen oder Hotels dar.

**4. Müssen einem Antrag auf Fahrkostenerstattung wegen mandatsbedingter Fahrten – z. B. im Auftrag eines Fraktionsarbeitskreises – Einladungen zu Veranstaltungen beigelegt werden, um eine Kostenerstattung zu erhalten?**

Für die Erstattung der Kosten reicht die Bestätigung des/der parlamentarischen Geschäftsführers/Geschäftsführerin mit der Feststellung der sachlichen Richtigkeit auf dem Reisekostenentschädigungsantrag aus. Einladungen müssen nicht beigelegt werden.

**5. Können Abgeordnete, die über keinen eigenen Pkw verfügen, die Kosten einer Bahncard erstattet verlangen, wenn sie diese – auch bzw. insbesondere – für mandatsbedingte Fahrten nutzen?**

Nach § 13 (1b) SH AbgG sind Fahrpreismäßigungen zu berücksichtigen. Da eine Bahncard Fahrpreismäßigungen ermöglicht, werden die Kosten erstattet, sobald eine Einsparung in Höhe der Kosten der Bahncard nachgewiesen werden kann.

**6. Werden Fahrkosten erstattet, wenn ein /eine Abgeordnete/r einen Termin mit einer Besuchergruppe wahrnimmt?**

An diesen Terminen nehmen die Abgeordneten gem. § 10 (2) SH AbgG im Auftrag der Präsidentin oder des Präsidenten teil. Somit werden die Kosten für diese Fahrten erstattet.

**7. Werden Fahrkosten zu Fraktionsvorstandssitzungen erstattet?**

Gem. §10 (4) SH AbgG bleiben Fahrkostenentschädigungen für diese Sitzungen den Fraktionen selbst überlassen.

**8. Ist die Frage, wer bei der Erstattung der Fahrten im Wahlkreis sachlich richtig zeichnet, geklärt?**

Da nur die/der Abgeordnete selbst die Richtigkeit der Durchführung dieser Fahrten bestätigen kann und die Landeshaushaltsordnung nach § 70 Ziff 11.3 eine sachlich richtig Zeichnung in eigenen Angelegenheiten ausschließt, wird darauf verzichtet.

Die/Der Abgeordnete versichert auf dem Reisekostenentschädigungsantrag ausdrücklich die Richtigkeit der vorliegenden Angaben mit ihrer/seiner Unterschrift.

**9. Gibt es Alternativen für auswärtige Abgeordnete, die häufig in Kiel übernachten müssen, um keine häufigen Hotelkosten zu verursachen?**

Gem. Punkt 3.5 der Ausführungsbestimmungen zu § 12 SH AbgG können Abgeordnete, die regelmäßig in Kiel übernachten müssen und mindestens 50 km vom Sitz des Landtages ihren Erstwohnsitz haben, alternativ auch einen Mietkostenzuschuss zu einer Zweitwohnung erhalten. Der Zuschuss ist dabei auf maximal 250,- €/Monat begrenzt. Als Nachweis bedarf es dem Mietvertrag und einer Anmeldebestätigung des Zweitwohnsitzes von der LH Kiel. Bei Wohneigentum bedarf es einem Nachweis über die Höhe der Nebenkosten, um einen Zuschuss zu erhalten.

.....  
Versicherungsgesellschaft (Stempel)

**Nachweis für den Anspruch auf Altersversorgung (§ 17 SH AbgG)**  
**ab 01. Januar 2012**

Die / Der Abgeordnete ..... hat mit der

.....  
einen Vertrag zur individuellen Altersabsicherung abgeschlossen. Durch nachfolgendes Ankreuzen wird bestätigt, dass der Vertrag die Voraussetzungen nach § 17 Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetz (SH AbgG) erfüllt.

	Bitte ankreuzen
<b>Monatliche Aufwendungen</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• mindestens in Höhe des jeweils geltenden Höchstbetrages zur Rentenversicherung für Angestellte (Dynamisierungsklausel) (Die einmalige Bestätigung reicht für die Wahlperiode aus.)</li></ul>	<input type="checkbox"/>
oder	
<ul style="list-style-type: none"><li>• in Höhe des momentanen Höchstbeitrages (für das Jahr 2012) zur Rentenversicherung für Angestellte in Höhe von 1.097,60 €. (Bei jeder Anhebung des jeweils geltenden Höchstbetrages zur Rentenversicherung für Angestellte muss ein neuer Nachweis eingereicht werden.)</li></ul>	<input type="checkbox"/>
oder	
<ul style="list-style-type: none"><li>• in Höhe von monatlich ..... € (bei Abschluss mehrerer Verträge)</li></ul>	<input type="checkbox"/>
<b>Verwendung der monatlichen Entschädigung mindestens</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• für die Altersversorgung der/des Abgeordneten und zur Unterstützung des überlebenden Ehegatten und der Waisen</li></ul>	<input type="checkbox"/>
oder	
<ul style="list-style-type: none"><li>• der Altersversorgung der/des Abgeordneten und zur Unterstützung des eingetragenen Lebenspartners und der Waisen.</li></ul>	<input type="checkbox"/>

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hat die oder der Abgeordnete bei Aufnahme der Zahlung der zusätzlichen Entschädigung keinen Ehegatten, eingetragenen Lebenspartner oder keine Kinder, ist eine Unterstützung für den Fall der Heirat, der Begründung der eingetragenen Lebenspartnerschaft oder der Geburt oder Adoption des Kindes nachzuweisen. Der Nachweis dieser Unterstützung hat binnen sechs Monaten nach der Heirat, der Begründung der eingetragenen Lebenspartnerschaft oder der Geburt bzw. der Adoption des Kindes gegenüber der Präsidentin oder dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu erfolgen.</li> </ul>	<input type="checkbox"/>
<b>Ausschluss des Kapitalwahlrechtes</b>	<input type="checkbox"/>
<p><u>(Nicht erforderlich für Abgeordnete, die dem Landtag erstmalig ab der 16. Wahlperiode angehören.)</u></p> <p>Der Präsidentin oder dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird auf Anfrage die Auskunft erteilt, in welcher Höhe ein Rentenanspruch aus dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbeitrag während der Abgeordnetenzeit erwachsen ist (Fälle des § 49 SH AbgG).</p>	<input type="checkbox"/>

Versicherungsnummer:	
----------------------	--

Versicherungsbeginn:	
----------------------	--

Versicherungsende:	
--------------------	--

Ende der Beitragszahlung:	
---------------------------	--

Die Abgeordnete/Der Abgeordnete erhält bis zum Ende des 1. Quartals des folgenden Jahres eine Bescheinigung unter Angabe der Versicherungsnummer als Nachweis der Beitragszahlung mit Angaben zum Beitragszahlungsraum und zur Beitragshöhe.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift (Versicherungsgesellschaft)

Der Präsident des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Landtagsverwaltung

Schleswig-Holsteinischer Landtag Postfach 7121 24171 Kiel

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:

Damen und Herren Abgeordnete

Mein Zeichen: L 1  
Meine Nachricht vom:

im Hause



19. Januar 2007

**Eigenverantwortliche Altersversorgung der Abgeordneten  
Hinterbliebenenversorgung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Landtagspräsident Martin Kayenburg übersende ich Ihnen den  
anliegenden Vermerk zu den Anforderungen für die in § 17 SH AbgG geregelte  
Hinterbliebenenversorgung.

Beigefügt ist ferner ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen an den  
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. zur  
Berufsunfähigkeitsabsicherung bei Basisrentenprodukten.

Mit freundlichen Grüßen



Hinweis: Punkt 2 ist bereits in der Änderung des § 17 umgesetzt worden.

Kiel, den 17. Januar 2007

L 1

## **Eigenverantwortliche Altersversorgung der Abgeordneten Hinterbliebenenversorgung**

### **1. Vermerk:**

Nach § 17 SH AbgG erhalten Abgeordnete zur Finanzierung der Altersversorgung eine zusätzliche monatliche Entschädigung in Höhe von 1.500,00 €. Voraussetzung für die Zahlung ist der Nachweis, dass die Entschädigung mindestens in Höhe des jeweils geltenden Höchstbeitrages zur Rentenversicherung der Angestellten für die Altersversorgung der Abgeordneten und zur Unterstützung ihrer überlebenden Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartner und der Waisen durch eine Rente verwendet wird und ein Kapitalwahlrecht vollständig ausgeschlossen ist.

Zu der Frage der nach dem Gesetz erforderlichen Hinterbliebenenversorgung sind zwischenzeitlich folgende Fragen gestellt worden:

#### **1. Muss der Versicherungsvertrag sowohl eine Absicherung von Ehepartnern als auch von eingetragenen Lebenspartnern vorsehen?**

Dem Wortlaut nach verlangt das Abgeordnetengesetz bezüglich der Hinterbliebenenunterstützung die Vorsorge sowohl für die Situation der Ehe als auch für die einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Da sich diese beiden Lebenssituationen jedoch ausschließen, reicht es nach Sinn und Zweck dieser Regelung aus, dass Vorsorge getroffen wird für **eine** dieser beiden Lebenssituationen. Es muss also entweder der Nachweis geführt werden, dass die zusätzliche monatliche Entschädigung verwendet wird zur Unterstützung des überlebenden Ehegatten und der Waisen oder zur Unterstützung des eingetragenen Lebenspartners und der Waisen. Dementsprechend ist auch das Formular zum Nachweis für den Anspruch auf Altersversorgung aufgebaut.

Damit wird auch der einkommensteuerrechtlichen Behandlung der Altersvorsorgeaufwendungen und der daraus resultierenden Altersbezüge Rechnung getragen, denn anders als bei der gesetzlichen Altersversorgung gehören eingetragene Lebenspartner bei den sogenannten Rürup-Renten nicht zu den Hinterbliebenen, die begünstigt werden dürfen.

2. **Muss der private Versicherungsvertrag auch dann die Einbeziehung von Hinterbliebenen beinhalten, wenn zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses Hinterbliebene nicht vorhanden sind?**

Die nach dem Abgeordnetengesetz notwendige Vorsorge für die Unterstützung der Hinterbliebenen kann wie in der gesetzlichen Rentenversicherung kollektiv, d. h. in Form eines Tarifes mit kollektiver Absicherung erfolgen. Zwingend ist dies jedoch nicht, denn das Ziel des Gesetzes, Vorsorge für die Unterstützung von Hinterbliebenen zu bieten, erfordert lediglich, dass **konkret vorhandene und versorgungsberechtigte Hinterbliebene** abgesichert werden. Deshalb ist eine individuelle Regelung ausreichend.

Diese individuelle Absicherung kann beispielsweise auch durch den zusätzlichen Abschluss einer Risikolebensversicherung zu der Altersrentenversicherung erfolgen. Die Risikoversicherung muss dann allerdings so kalkuliert sein, dass sie die Unterstützung der überlebenden versorgungsberechtigten Hinterbliebenen (überlebender Ehepartner oder überlebender eingetragener Lebenspartner und/oder versorgungsberechtigte Waisen) in Form einer Rente sicherstellt.

Sind zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses versorgungsberechtigte Hinterbliebene nicht vorhanden, muss bei einer solchen individuellen Gestaltung aber geregelt sein, dass bei Änderungen im sozialen Umfeld der/des Abgeordneten (also bei Heirat, Eintragung einer Lebenspartnerschaft, Geburt) eine entsprechende Anpassung des Versicherungsumfanges vorgenommen wird. Anderenfalls kann dem Schutzzweck des Gesetzes, das mit der Festlegung eines Versicherungsbetrages mindestens in Höhe des jeweils geltenden Höchstbetrages zur Rentenversicherung der Angestellten an die gesetzliche Rentenversicherung anknüpft, nicht Rechnung getragen werden.

Diese Anknüpfung an die gesetzliche Rentenversicherung liefert auch den Maßstab für den Versorgungsanspruch der Waisen und damit für den zeitlichen Umfang der

Pflicht, bei individueller Gestaltung eine entsprechende Vorsorge zu treffen. In der gesetzlichen Rentenversicherung sind die Waisen gemäß § 48 SGB VI bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und – unter bestimmten Voraussetzungen – längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres anspruchsberechtigt.

Mit einer Vertragsgestaltung, die auf die jeweilige „familienrechtliche“ Situation des Versicherungsnehmer abstellt, wird den Anforderungen des § 17 SH AbgG Genüge getan.

### 3. Wie ist der in § 17 SH AbgG geforderte Nachweis zu erbringen?

Zum Nachweis ist **nicht** der Versicherungsvertrag, sondern lediglich das ausgehändigte Formular einzureichen.





Bundesministerium  
der Finanzen

*Handwritten signature: O. Rög*  
*Handwritten date: 17/1*

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Gesamtverband der Deutschen  
Versicherungswirtschaft e. V.  
Postfach 08 02 64  
10002 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

BEARBEITET VON

TEL

FAX

E-MAIL


TELEX

DATUM 24. Oktober 2005

BETREFF **Berufsunfähigkeitsabsicherung bei Basisrentenprodukten;  
BMF-Schreiben IV C 4 - S 2221 - 65/05 vom 5. Juli 2005 an den GDV**

BEZUG Anfrage eines Ihrer Mitglieder

GZ **IV C 4 - S 2221 - 272/05** (bei Antwort bitte angeben)

Sehr geehrte 

eines Ihrer Mitgliedsunternehmen hat sich mit folgender Frage an das Bundesministerium der Finanzen gewandt:

„Die X-Lebensversicherung bietet eine Zusatzversicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit an, die die weitere Beitragsleistung für die Hauptversicherung zur Altersvorsorge übernimmt. Weitere Leistungen im Fall der Berufsunfähigkeit sind aus dieser Zusatzversorgung nicht vorgesehen (um eine zusätzliche Rente für den Fall der Berufsunfähigkeit zu erhalten, ist eine weitere Zusatzversicherung abzuschließen). Allerdings ist auch die genannte Zusatzversicherung für die Beitragsfreistellung überschussberechtigigt. Die Überschussbeteiligung erfolgt in Form einer (wenn auch geringen) Barauszahlung, die Möglichkeit der Beitragsverrechnung ist nicht vorgesehen. Daher stellt sich die Frage, ob die Beiträge für eine derartige Zusatzversicherung den Beitragsanteilen für die Altersvorsorge zuzurechnen sind. Nach unserer Auffassung ist dies der Fall, da die Rentenleistung für den Fall der Berufsunfähigkeit aus dieser Zusatzversicherung nicht aus den Beiträgen für diese, sondern aus den Überschüssen resultiert, die dieser Zusatzversicherung zugewiesen werden. Wir bitten Sie um Mitteilung, ob unsere Auffassung zutreffend ist.“

Seite 2 Ich werde Ihrem Mitglied wie folgt antworten:

„Im BMF-Schreiben vom 5. Juli 2005 ist bezüglich der Ergänzung einer Altersabsicherung in Form einer Basisrente um eine Absicherung bei Eintritt der Berufsunfähigkeit auf Rz. 11 des BMF-Schreibens vom 24. Februar 2005 verwiesen.

Demnach ist die ergänzende Absicherung des Eintritts der Berufsunfähigkeit, der verminderten Erwerbsfähigkeit und von Hinterbliebenen nur dann unschädlich, wenn mehr als 50 % der (Gesamt-)Beiträge auf die eigene Altersversorgung des Steuerpflichtigen entfallen und sowohl die Altersversorgung als auch die ergänzenden Absicherungen in einem einheitlichen Vertrag geregelt sind.

Außerdem erlaube ich mir den Hinweis, dass nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b EStG bei Basisrentenprodukten die Auszahlung nur als lebenslange Leibrente erfolgen darf. Ergänzend sind - sofern eine entsprechende Zusatzversicherung abgeschlossen wurde - auch Auszahlungen in Form einer Berufsunfähigkeitsrente möglich.

Einmalauszahlungen sind insoweit nicht zulässig. Dies gilt auch für die Auszahlung von Überschussanteilen außerhalb der oben beschriebenen Rentenzahlungen.“

Aufgrund verschiedener telefonischer Anfragen seitens Ihrer Mitgliedsunternehmen weise ich darauf hin, dass im Versicherungsvertrag die abgesicherten Risiken konkret zu bezeichnen sind. Für die Zuordnung der Beitragsanteile zur Altersvorsorge und für die Zusatzabsicherungen ist auf die entsprechende Verwendung der Beiträge im betreffenden Veranlagungszeitraum abzustellen. Zudem muss die Verwendung von mehr als 50 % der Beiträge für die Altersversorgung auf Dauer gewährleistet sein. Sieht z.B. der Basisrentenvertrag neben der Altersvorsorge noch die ergänzende Absicherung gegen den Eintritt der Berufsunfähigkeit in Form einer Berufsunfähigkeitsrente vor, dann darf das für die Altersvorsorge gebildete Deckungskapital nicht - auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt - dem Deckungskapital der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung zugeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag





# **Einkommensteuerrechtliche Hinweise zum Abgeordnetenrecht**

Stand: Mai 2012

---

Schleswig-Holsteinischer Landtag Postfach 7121 24171 Kiel  
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel  
Telefon 0431 988 - 0 | [registratur@landtag.ltsh.de](mailto:registratur@landtag.ltsh.de) | [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein Postfach 7127 24171 Kiel  
Düsternbrooker Weg 64, 24105 Kiel  
Telefon 0431 988 - 0 | [poststelle@fimi.landsh.de](mailto:poststelle@fimi.landsh.de) | [www.landesregierung.schleswig-holstein.de](http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de)

**Vorwort**

Die Verwaltung des Schleswig-Holsteinischen Landtages und das Finanzministerium Schleswig-Holstein haben diesen Leitfaden erstellt, der in alphabetischer Reihenfolge zu zahlreichen einkommensteuerrechtlichen Themen Stellung nimmt. Der Leitfaden soll zum einen der Information der Abgeordneten dienen. Zum anderen soll dadurch sichergestellt werden, dass die einkommensteuerrechtliche Behandlung der Abgeordneten in den Finanzämtern einheitlich erfolgt.

Infolge des ab dem 1. Januar 2007 vollzogenen Systemwechsels in der Einkommensbesteuerung der Abgeordneten können die Abgeordneten ihre durch das Mandat veranlassten Aufwendungen als Werbungskosten abziehen.

Bei der Erarbeitung des Leitfadens sind entsprechende Konzepte der Landtagsverwaltung und des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen mit verwendet worden.

Dieser Leitfaden wird regelmäßig fortgeschrieben. Hinweise auf nicht enthaltene Begriffe, die der Erläuterung bedürfen, oder weitere klärungsbedürftige Themen werden gerne entgegengenommen.

Kiel im Mai 2012

## Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	5
<i>Absetzung für Abnutzung</i>	6
<i>Altersversorgung</i>	7
<i>Ansprechpartner</i>	19
<i>Arbeitgeberpflichten</i>	19
<i>Arbeitszimmer</i>	19
<i>Auswärtstätigkeit</i>	22
<i>Belege</i>	23
<i>Bewirtungsaufwendungen</i>	24
<i>Doppelte Haushaltsführung</i>	27
<i>Einkommensteuer-Vorauszahlungen</i>	28
<i>Einkunftsart</i>	29
<i>Ermittlung der Einkünfte</i>	30
<i>Erstattung von Aufwendungen</i>	32
<i>Fahrtkosten</i>	33
<i>Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte</i>	34
<i>Fahrten im Rahmen von Auswärtstätigkeiten</i>	36
<i>Fahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung</i>	37
<i>Höhe der absetzbaren Fahrtkosten</i>	38
<i>Fahrtenbuch, Ermittlung der tatsächlichen Fahrzeugkosten</i>	40
<i>Gemeinschaftskasse der Abgeordneten</i>	42
<i>Geschenke</i>	42
<i>Krankenversicherung</i>	44
<i>Mitarbeiter/innen von Abgeordneten</i>	44
<i>Nachweispflichten</i>	45
<i>Personalkosten</i>	46
<i>Regelmäßige Arbeitsstätte</i>	46
<i>Reisenebenkosten</i>	46
<i>Spenden</i>	47
<i>Status der Abgeordneten</i>	48
<i>Steuerfreie Einnahmen</i>	48
<i>Steuergeheimnis</i>	50

<i>Tageszeitungen</i> _____	50
<i>Telekommunikationsaufwendungen</i> _____	50
<i>Übernachtungs-/Unterkunftskosten</i> _____	51
<i>Verpflegungsmehraufwendungen</i> _____	52
<i>Vorsorgeaufwendungen, sonstige</i> _____	54
<i>Vorsorgeaufwendungen, Kranken- und Pflegeversicherung</i> _____	55
<i>Vorsorgeaufwendungen, Günstigerprüfung</i> _____	56
<i>Wahlkampfkosten</i> _____	57
<i>Wahlkreisbüro</i> _____	58
<i>Zeitschriften</i> _____	58

## Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung
AO	Abgabenordnung
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BStBl	Bundessteuerblatt
BUKG	Bundesumzugskostengesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
d. h.	das heißt
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
FG	Finanzgericht
GG	Grundgesetz
GVOBl. Schl.-H.	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein
GWG	geringwertiges Wirtschaftsgut
i. S. d.	im Sinne des / im Sinne der
i. V. m.	in Verbindung mit
LStDV	Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
LStH	Lohnsteuer-Handbuch
LStR	Lohnsteuer-Richtlinien
SGB	Sozialgesetzbuch
SH AbgG a. F.	Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz in der Fassung vom 13. Februar 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 100), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 269)

SH AbgG n. F.	Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz in der Fassung vom 13. Februar 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 100), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 153)
StGB	Strafgesetzbuch

### **Absetzung für Abnutzung**

Bei Wirtschaftsgütern, deren Verwendung oder Nutzung zur Erzielung von Einkünften sich erfahrungsgemäß auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstreckt (z. B. Personenkraftwagen, Personalcomputer), können die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nur im Wege der AfA als Werbungskosten berücksichtigt werden. Dazu sind die Kosten gleichmäßig auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zu verteilen. In jedem Jahr ist der Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzusetzen, der bei gleichmäßiger Verteilung auf dieses Jahr entfällt.

Wird das Wirtschaftsgut gebraucht erworben, sind die Anschaffungskosten auf die Restnutzungsdauer zu verteilen.

Im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem Jahr, in dem die Nutzung des Wirtschaftsgutes endet, ist der als Werbungskosten abzusetzende Anteil monatsweise zu ermitteln; dabei wird der Monat, in dem die Nutzung beginnt oder endet, voll berücksichtigt.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne die darin enthaltene Umsatzsteuer den Betrag von 410 Euro nicht übersteigen und die einer selbstständigen Nutzung fähig sind (geringwertige Wirtschaftsgüter), brauchen nicht im Wege der AfA auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer verteilt zu werden. Sie können vielmehr im Jahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe als Werbungskosten berücksichtigt werden.

Ein Wirtschaftsgut ist einer selbstständigen Nutzung nicht fähig, wenn es nach seiner betrieblichen Zweckbestimmung nur zusammen mit anderen Wirtschaftsgütern genutzt werden kann und die in den Nutzungszusammenhang eingefügten Wirtschaftsgüter technisch aufeinander abgestimmt sind. Das gilt auch dann, wenn ein Wirtschaftsgut aus dem Nutzungszusammen-

hang gelöst und in einen anderen Nutzungszusammenhang eingefügt werden kann. Daher stellen z. B. die Peripheriegeräte eines Personalcomputers, wie Monitor oder Drucker, regelmäßig keine GWG dar, da sie nur gemeinsam mit dem Personalcomputer genutzt werden können. Ihre Anschaffungskosten sind zusammen mit denen des Personalcomputers im Wege der AfA zu verteilen.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von zahlreichen Wirtschaftsgütern ist in amtlichen AfA-Tabellen aufgeführt. Dazu einige Beispiele:

Büromöbel	13 Jahre
Drucker, Scanner	6 Jahre
Faxgeräte	6 Jahre
Klimageräte, mobil	11 Jahre
Kopiergeräte	7 Jahre
Mobilfunkgeräte	5 Jahre
Motorräder, Motorroller, Fahrräder u. Ä.	7 Jahre
Notebooks	3 Jahre
Personalcomputer	3 Jahre
Personenkraftwagen, Kombiwagen	6 Jahre
Schreibmaschinen	9 Jahre
Teppiche, normal	8 Jahre
Teppiche, hochwertig (ab 500 Euro/qm)	15 Jahre
Wohnmobile	8 Jahre

### **Altersversorgung**

Für die Altersversorgung der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages sind drei Systeme mit unterschiedlichen Grundstrukturen von Bedeutung:

- die grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2006 geltende Altersversorgung, die – zusammengefasst – alternativ eine pensionsähnliche Altersentschädigung oder eine Versorgungsabfindung gewährt;
- die ab dem 1. Januar 2007 geltende Altersversorgung, für die die Abgeordneten eigenverantwortlich sorgen und für deren Finanzierung den Abgeordneten eine zusätzliche Entschädigung in Höhe von 1.500 Euro monatlich gezahlt wird;

- die vor der 9. Wahlperiode (Mai 1979) gewährte Altersversorgung durch Leistungen aus dem Abgeordnetenversorgungswerk Schleswig-Holstein.

Einkommensteuerrechtlich zu unterscheiden sind der Aufbau der Altersversorgung und die Versorgungsleistungen.

### Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Altersversorgung nach dem Abgeordnetengesetz in der bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Fassung

#### **Aufbau:**

Der Aufbau der pensionsähnlichen Altersversorgung erfolgt beitragsfrei. Die Abgeordneten haben insoweit keine Vorsorgeaufwendungen, die als Sonderausgaben berücksichtigt werden könnten.

#### **Altersbezüge:**

Hinsichtlich der Altersbezüge muss unterschieden werden.

Die pensionsähnlichen Altersentschädigungen gemäß §§ 17, 18 SH AbgG a. F. sind nach § 22 Nr. 4 EStG als sonstige Einkünfte in voller Höhe zu versteuern. Dabei ist gemäß § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe b EStG der Versorgungsfreibetrag nach § 19 Abs. 2 EStG abzuziehen. Bei Beamten- und Werkspensionen, die zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören, wurde bis einschließlich 2004 zusätzlich der Arbeitnehmer-Pauschbetrag nach § 9a Satz 1 Nr. 1 EStG von seinerzeit (2004) 920 Euro berücksichtigt. Da Pensionäre regelmäßig keine Werbungskosten in dieser Höhe haben, ist der Arbeitnehmer-Pauschbetrag ab 2005 bei Pensionen auf 102 Euro gesenkt worden. Zur Vermeidung von Härten erhalten Beamten- und Werkspensionäre im Rahmen einer Übergangsregelung einen Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag. Dieser Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag ist bei den Altersentschädigungen der Abgeordneten nicht zu berücksichtigen, weil das Gesetz dies nicht vorsieht. Die Abgeordneten sind nämlich von der Absenkung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags nicht betroffen.

Hinsichtlich der Versorgungsabfindung gilt Folgendes:

§ 21 SH AbgG a. F. bietet den Abgeordneten drei Möglichkeiten:

- Gemäß Absatz 1 erhalten Abgeordnete für die Zeit der Zugehörigkeit zum Landtag auf Antrag eine Versorgungsabfindung als Einmalzahlung.
- Gemäß Absatz 2 besteht für die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag die Möglichkeit der Nachentrichtung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung oder zu einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung.
- Gemäß Absatz 3 wird die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag auf Antrag als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter berücksichtigt.

Einkommensteuerrechtlich gilt:

Die vom Land entrichteten Nachversicherungsbeiträge gemäß § 21 Abs. 2 SH AbgG a. F. sind für die ehemaligen Abgeordneten nach § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe a EStG steuerfrei.

Die Berücksichtigung der Mitgliedschaft im Landtag als Dienstzeit i. S. d. Besoldungsrechts gemäß § 21 Abs. 3 SH AbgG a. F. führt nicht zum Zufluss von Einnahmen und löst deshalb ebenfalls keine unmittelbaren steuerrechtlichen Folgen aus. Die dadurch bewirkte Erhöhung der späteren Ruhestandsbezüge aus dem Dienstverhältnis führt erst bei der Einkommensbesteuerung dieser Pensionen zu einer entsprechenden steuerlichen Belastung.

Dagegen sind die Versorgungsabfindungen als Einmalzahlungen gemäß § 21 Abs. 1 SH AbgG a. F. als sonstige Einkünfte i. S. d. § 22 Nr. 4 EStG einkommensteuerpflichtig. § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe c EStG verweist hinsichtlich der Berechnung der Einkommensteuer auf § 34 Abs. 1 EStG. Diese Vorschrift mildert für bestimmte außerordentliche Einkünfte die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs ab, indem ein ermäßigter Steuersatz zur Anwendung kommt. Der Steuerbetrag beträgt nach § 34 Abs. 1 Satz 2 EStG das Fünffache des Unterschiedsbetrages zwischen der Einkommensteuer für das um diese außerordentlichen Einkünfte verminderte zu versteuernde Einkommen (verbleibendes zu versteuerndes Einkommen) und der Einkommensteuer für das verbleibende zu versteuernde Einkommen zuzüglich eines Fünftels der außerordentlichen Einkünfte.

## Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Altersversorgung nach dem Abgeordnetengesetz in der ab dem 1. Januar 2007 geltenden Fassung

### **Alterseinkünftegesetz:**

Die einkommensteuerrechtliche Behandlung der Altersvorsorgeaufwendungen und der daraus resultierenden Altersbezüge ist durch das Alterseinkünftegesetz mit Wirkung ab dem 1. Januar 2005 grundlegend geändert worden. Dabei erfolgt bis zum Jahre 2040 ein schrittweiser Übergang zur sog. nachgelagerten Besteuerung der Altersbezüge und damit einhergehend bis zum Jahre 2025 eine stufenweise Verbesserung des Sonderausgabenabzugs von Altersvorsorgeaufwendungen, bis jeweils die volle Besteuerung bzw. der volle Sonderausgabenabzug erreicht ist. Dabei sind die begünstigten Altersvorsorgeprodukte auf Versicherungen beschränkt worden, die tatsächlich nur der Vorsorge für den Fall verminderter Erwerbsfähigkeit, für das Alter und für Hinterbliebene dienen, nicht aber – wie etwa kapitalbildende Lebensversicherungen – der Vermögensbildung.

### **Altersvorsorgeaufwendungen:**

Soweit die Abgeordneten ihre Altersversorgung selbst finanzieren, können sie die Aufwendungen dafür nach Maßgabe des § 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG steuermindernd als Sonderausgaben abziehen.

Dabei sind nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a EStG ohne weitere Voraussetzungen abziehbar die Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen oder landwirtschaftlichen Alterskassen sowie zu den berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen erbringen; dies sind Leistungen für den Fall verminderter Erwerbsfähigkeit und des Alters sowie für Hinterbliebene. Da nach § 46 Abs. 4 SGB VI i. V. m. § 33b SGB I in der gesetzlichen Rentenversicherung auch eingetragene Lebenspartner Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente haben, ist es für den Sonderausgabenabzug unschädlich, wenn auch berufsständische Versorgungseinrichtungen Hinterbliebenenleistungen bei eingetragenen Lebenspartnerschaften vorsehen. Welche berufsständischen Versorgungseinrichtungen die Voraussetzungen für den Sonderausgabenabzug erfüllen, ergibt sich aus der Liste, die dem BMF-Schreiben vom 7. Februar 2007 (BStBl I S. 262) beigefügt ist.

Beiträge zum Aufbau einer privaten Altersversicherung (sog. „Rürup-Renten“) sind nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b EStG dagegen nur als Sonderausgaben abziehbar, wenn es sich um eine eigene kapitalgedeckte Altersversorgung handelt und wenn der Vertrag nur

- die Zahlung einer monatlichen
- auf das Leben des Steuerpflichtigen bezogenen lebenslangen Leibrente
- nicht vor Vollendung des 60. Lebensjahres
- oder die ergänzende Absicherung des Eintritts der Berufsunfähigkeit, der verminderten Erwerbsfähigkeit oder von Hinterbliebenen vorsieht; Hinterbliebene in diesem Sinne sind nur der Ehegatte und die Kinder, wobei der Anspruch auf Waisenrente auf den Zeitraum zu begrenzen ist, in dem das Kind die Voraussetzungen des § 32 EStG erfüllt. Anders als bei den gesetzlichen Altersversorgungen gehören eingetragene Lebenspartner bei den sog. „Rürup-Renten“ nicht zu den Hinterbliebenen, die begünstigt werden dürfen.

Des Weiteren muss es sich um einen nach § 5 Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz zertifizierten Vertrag handeln und gegenüber dem Anbieter in die Übermittlung der Daten an die Finanzverwaltung eingewilligt werden (vgl. § 10 Absatz 2 Satz 2 i. V. m. Absatz 2a EStG). Die Einwilligung hat bis spätestens zum Ablauf des zweiten Kalenderjahres zu erfolgen, das auf das Beitragsjahr folgt. Für Verträge, die vor dem 1. Januar 2011 abgeschlossen wurden, gilt die Einwilligung zur Datenübermittlung als erteilt, wenn der Anbieter den Steuerpflichtigen schriftlich darüber informiert, dass er vom Vorliegen einer Einwilligung ausgeht, dass er dessen Identifikationsnummer beim Bundeszentralamt für Steuern erheben wird und dass er die Daten elektronisch übermitteln wird, wenn der Steuerpflichtige dem nicht innerhalb von vier Wochen nach Erhalt der schriftlichen Information widerspricht (vgl. § 52 Abs. 24 Satz 2 EStG i. d. F. d. JStG 2010).

Die Versorgungsansprüche aus der privaten Altersversorgung dürfen außerdem

- nicht vererblich,
- nicht übertragbar,
- nicht beleihbar,

- nicht veraußerbar und
- nicht kapitalisierbar sein und
- es darf über den Anspruch auf Leibrente hinaus kein Anspruch auf Zahlungen bestehen.

Der höchstens abziehbare Betrag für Altersvorsorgeaufwendungen beträgt im Jahre 2025 nach Ablauf der Übergangsphase 20.000 Euro (Ledige) bzw. 40.000 Euro (Verheiratete).

Aufgrund des schrittweisen Übergangs zum vollständigen Abzug der Altersvorsorgeaufwendungen sind im Jahre 2005 nur 60 % der Aufwendungen als Sonderausgaben abziehbar. Ab 2006 erhöht sich das Abzugsvolumen jährlich um 2 %-Punkte, so dass im Jahr 2025 die Beiträge zu 100 % als Sonderausgaben abgezogen werden können.

Jahr	abziehbar	Jahr	abziehbar	Jahr	abziehbar
2005	60 %	2012	74 %	2019	88 %
2006	62 %	2013	76 %	2020	90 %
2007	64 %	2014	78 %	2021	92 %
2008	66 %	2015	80 %	2022	94 %
2009	68 %	2016	82 %	2023	96 %
2010	70 %	2017	84 %	2024	98 %
2011	72 %	2018	86 %	2025	100 %

Hinsichtlich der sog. „Günstigerprüfung“, bei der auch die sonstigen Vorsorgeaufwendungen zu berücksichtigen sind, siehe unter „Vorsorgeaufwendungen, Günstigerprüfung“.

#### **Private Altersvorsorge ohne steuerliche Förderung:**

Die Voraussetzungen für den Sonderausgabenabzug von Beiträgen für sog. „Rürup-Renten“ gehen über die Voraussetzungen hinaus, an die das Abgeordnetenrecht die Zahlung der zusätzlichen monatlichen Entschädigung zur Finanzierung der Altersversorgung anknüpft. Voraussetzung für die Zahlung der zusätzlichen Entschädigung von 1.500 Euro ist nach § 17 SH AbgG n. F. der Nachweis, dass die Entschädigung mindestens in Höhe des jeweils geltenden Höchstbeitrages zur Rentenversicherung der Angestellten für die Altersversorgung des Abgeordneten und zur Unterstützung seines hinterbliebenen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners und der Waisen durch eine Rente verwandt wird und ein Kapitalwahlrecht vollständig ausgeschlossen ist.

Dies bietet dem Abgeordneten die Möglichkeit, mit der zusätzlichen Entschädigung eine private Altersversorgung aufzubauen, die später nicht in voller Höhe der sog. nachgelagerten Einkommensbesteuerung unterliegt. Dies ist etwa der Fall, wenn bei der privaten Versicherung vertraglich eine Hinterbliebenenversorgung für den eingetragenen Lebenspartner vorgesehen wird oder wenn vertraglich zwar das Kapitalwahlrecht vollständig ausgeschlossen wird, nicht aber die Vererblichkeit, die Übertragbarkeit, die Beleihbarkeit oder die Veräußerbarkeit. Da dann die Voraussetzungen einer sog. „Rürup-Rente“ nicht erfüllt sind, können die entsprechenden Vorsorgeaufwendungen zwar nicht als Sonderausgaben abgezogen werden. Die späteren Altersbezüge unterliegen dann aber auch nicht der vollen nachgelagerten Besteuerung nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa EStG, sondern werden einkommensteuerrechtlich nur mit dem Ertragsanteil nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG erfasst. Die Höhe dieses Ertragsanteils hängt vom Lebensalter des Berechtigten beim Rentenbeginn ab und ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensalter des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in %	Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in %
0 bis 1	59	51 bis 52	29
2 bis 3	58	53	28
4 bis 5	57	54	27
6 bis 8	56	55 bis 56	26
9 bis 10	55	57	25
11 bis 12	54	58	24
13 bis 14	53	59	23
15 bis 16	52	60 bis 61	22
17 bis 18	51	62	21
19 bis 20	50	63	20
21 bis 22	49	64	19
23 bis 24	48	65 bis 66	18
25 bis 26	47	67	17
27	46	68	16
28 bis 29	45	69 bis 70	15
30 bis 31	44	71	14
32	43	72 bis 73	13
33 bis 34	42	74	12
35	41	75	11
36 bis 37	40	76 bis 77	10
38	39	78 bis 79	9
39 bis 40	38	80	8
41	37	81 bis 82	7
42	36	83 bis 84	6
43 bis 44	35	85 bis 87	5
45	34	88 bis 91	4
46 bis 47	33	92 bis 93	3
48	32	94 bis 96	2
49	31	ab 97	1
50	30		

### Altersvorsorgebeiträge im Rahmen der sog. „Riester-Rente“:

Altersvorsorgebeiträge, die zum Aufbau einer sog. „Riester-Rente“ zugunsten eines gemäß § 5 des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes zertifizierten Vertrag geleistet werden, werden ab dem Jahr 2002 steuerlich nach den §§ 79 ff. EStG durch die Gewährung der Altersvorsorgezulage oder nach § 10a EStG durch einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug gefördert. Dadurch wird die private Altersvorsorge bei Personen gefördert, die

- von der Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte
- oder – wie etwa Beamte – von der wirkungsgleichen Absenkung des Niveaus der öffentlichen Altersversorgung

betroffen sind.

Abgeordnete gehören grundsätzlich nicht zu diesem begünstigten Personenkreis.

Eine Förderung kommt allerdings nach § 10a Abs. 3 Satz 2, § 79 Satz 2 EStG mittelbar in Betracht bei verheirateten Abgeordneten, wenn der Ehegatte zum unmittelbar begünstigten Personenkreis gehört, die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 EStG für eine Zusammenveranlagung zur Einkommensteuer erfüllt sind und ein auf den Namen des Abgeordneten lautender zertifizierter Altersvorsorgevertrag besteht. Ab dem Beitragsjahr 2012 ist eine weitere Voraussetzung für das Bestehen einer mittelbaren Zulageberechtigung nach § 79 Satz 2 EStG die Zahlung von eigenen Altersvorsorgebeiträgen in Höhe von mindestens 60 Euro pro Beitragsjahr.

Eine Förderung kommt weiter in Betracht bei Abgeordneten, die aus anderen Gründen zum begünstigten Personenkreis gehören, etwa wegen einer neben dem Abgeordnetenmandat ausgeübten rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmertätigkeit (§ 10a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 EStG) oder weil sie Empfänger von Amtsbezügen sind, wie etwa Regierungsmitglieder (§ 10a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 Nr. 2 EStG).

### **Übergangsregelung für die Abgeordneten der 16. Wahlperiode:**

Der Systemwechsel bei der Altersversorgung der Abgeordneten ist grundsätzlich zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten, also während der 16. Wahlperiode. Für die Abgeordneten dieser Wahlperiode ist in § 49 SH AbgG n. F. eine Übergangsregelung geschaffen worden.

Grundsätzlich erhalten Abgeordnete der 16. Wahlperiode, die nach dem 31. Dezember 2006 aus dem Landtag ausscheiden, für die Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Landtag bis zum 31. Dezember 2006 die Altersversorgung nach altem Recht, d. h. die pensionsähnliche Altersentschädigung nach den §§ 17, 18 SH AbgG a. F. oder die einmalige Versorgungsabfindung nach § 21 SH AbgG a. F., die nach dem Ausscheiden aus dem Landtag gezahlt wird.

Abgeordnete, die dem Landtag erstmalig in der 16. Wahlperiode angehören, haben ein Wahlrecht:

Für die Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Landtag bis zum 31. Dezember 2006 können sie anstelle der Altersversorgung nach altem Recht – d. h. für sie anstelle der Versorgungsabfindung nach § 21 SH AbgG a. F. – auf Antrag die zusätzliche Entschädigung nach § 17 SH AbgG n. F. zur Finanzierung der Altersversorgung erhalten.

Dieses Wahlrecht haben auch die Abgeordneten der 16. Wahlperiode, die dem Landtag bereits in der 15. Wahlperiode angehört haben. Sie können jedoch auch beantragen, für die gesamte 16. Wahlperiode Altersversorgung nach altem Recht zu erhalten, d. h. die pensionsähnliche Altersentschädigung nach den §§ 17, 18 SH AbgG a. F. oder die Versorgungsabfindung nach § 21 SH AbgG a. F.

Die zusätzliche Entschädigung nach § 17 SH AbgG n. F. erhalten die Abgeordneten nur, wenn sie nachweisen, dass die Entschädigung mindestens in Höhe des jeweils geltenden Höchstbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung der Angestellten für ihre Altersversorgung verwandt wird. Bei dieser Nachzahlung (bei Abgeordneten, die dem Landtag erstmalig in der 16. Wahlperiode angehören, höchstens für 22 Monate jeweils 1.500 Euro) handelt es sich nicht um Nachversicherungsbeiträge aufgrund gesetzlicher Verpflichtung, die gemäß § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe a EStG i. V. m. § 3 Nr. 62 EStG steuerfrei sind. Vielmehr ist die Nachzahlung grundsätzlich nach § 22 Nr. 4 EStG zu versteuern, jedoch mit dem ermäßigten Steuersatz nach § 34 Abs. 1 EStG. Die für die Altersversorgung verwandten Beträge sind nach den o. a. Grundsätzen als Sonderausgaben abziehbar.

Der Höchstbetrag für die als Sonderausgaben abziehbaren Vorsorgeaufwendungen war bis einschließlich 2004 bei allen Abgeordneten um einen fiktiven Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung zu kürzen.

Ab 2005 erfolgt eine Kürzung des Höchstbetrags nach § 10 Abs. 3 EStG für Altersvorsorgeaufwendungen nur noch, wenn die Abgeordneten „ganz oder teilweise ohne eigene Beitragsleistung einen Anspruch auf Altersversorgung erwerben“.

Bei den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist dieses Tatbestandsmerkmal grundsätzlich ab 2007 nicht mehr erfüllt. § 49 Abs. 2 des SH AbgG n. F. enthält dazu eine Übergangsregelung für Abgeordnete, die dem Landtag erstmalig in der 16. Legislaturperiode angehören (§ 49

Abs. 3 SH AbgG n. F. entsprechend für die 15. Legislaturperiode). Auf Antrag erhalten sie für die Zeit vom Beginn ihrer Mitgliedschaft an statt der Abgeordnetenversorgung ohne eigene Beiträge nach altem Recht den steuerpflichtigen Zuschuss zur privaten Altersversorgung nach § 17 SH AbgG a. F. Der Antrag wirkt auf den Beginn der Mitgliedschaft zurück.

Er war nach § 49 Abs. 6 SH AbgG n. F. innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des SH AbgG vom 20. Juni 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 128) zu stellen, also bis zum 30. Juni 2007.

Der Höchstbetrag für Altersvorsorgeaufwendungen ist daher in den Fällen, in denen das Wahlrecht nach § 49 Abs. 2 oder 3 SH AbgG n. F. wirksam ausgeübt worden ist, auch für Veranlagungszeiträume vor 2007 nicht mehr um einen fiktiven Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung zu kürzen, und zwar rückwirkend bis zum Beginn der jeweiligen Mitgliedschaft im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

#### **Altersbezüge:**

Altersbezüge, die aus den durch den Sonderausgabenabzug begünstigten Altersvorsorgeaufwendungen resultieren (Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen, den landwirtschaftlichen Alterskassen und den berufsständischen Versorgungseinrichtungen sowie sog. „Rürup-Renten“), gehören zu den steuerpflichtigen sonstigen Einkünften i. S. d. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa EStG, die bei Rentenbeginn im Jahre 2040 nach Ablauf der Übergangsphase in voller Höhe der Einkommensbesteuerung unterliegen. Wegen des mit dem Alterseinkünftegesetz bewirkten schrittweisen Übergangs zur sog. nachgelagerten Besteuerung beträgt der Besteuerungsanteil bei Rentenbeginn im Jahre 2005 nur 50 % der Bezüge. Bei einem Leistungsbeginn zu einem späteren Zeitpunkt erhöht sich dieser Prozentsatz vom Jahr 2006 bis zum Jahr 2020 um jährlich 2 %-Punkte und vom Jahr 2021 bis zum Jahr 2040 um jährlich 1 %-Punkt. Der nach Maßgabe dieser Prozentsätze steuerfrei bleibende Teil der Rente, der sich für das auf das Jahr des Rentenbeginns folgende Jahr ergibt, wird für die gesamte Laufzeit des Rentenbezugs festgeschrieben.

Die jeweils geltenden Prozentsätze für den der Besteuerung unterliegenden Teil der Rente sind in einer Tabelle in § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Satz 3 EStG aufgeführt.

Für die Tabelle ist stets das Jahr des Rentenbeginns. Das ist der Zeitpunkt, von dem an versicherungsrechtlich die Rente zu laufen beginnt.

	zu versteuern	Jahr	zu versteuern	Jahr	zu versteuern	Jahr	zu versteuern
2013	50 %	2014	68 %	2023	83 %	2032	92 %
2014	52 %	2015	70 %	2024	84 %	2033	93 %
2015	54 %	2016	72 %	2025	85 %	2034	94 %
2016	56 %	2017	74 %	2026	86 %	2035	95 %
2017	58 %	2018	76 %	2027	87 %	2036	96 %
2018	60 %	2019	78 %	2028	88 %	2037	97 %
2019	62 %	2020	80 %	2029	89 %	2038	98 %
2020	64 %	2021	81 %	2030	90 %	2039	99 %
2021	66 %	2022	82 %	2031	91 %	2040	100 %

Renten aus einer privaten Altersvorsorge, bei der die Voraussetzungen für den Sonderausgabenabzug nicht erfüllt waren, gehören zu den steuerpflichtigen sonstigen Einkünften im Sinne des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG, die nur mit dem Ertragsanteil der Einkommensteuer unterliegen.

Leistungen aus zertifizierten Altersvorsorgeverträgen (sog. „Riester-Renten“) unterliegen als sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 5 EStG in voller Höhe der Einkommensteuer.

Bei der Ermittlung der sonstigen Einkünfte ist nach § 9a Nr. 3 EStG ein Werbungskosten-Pauschbetrag von 102 Euro abzuziehen, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden.

**Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Altersversorgung nach dem Abgeordnetengesetz in der grundsätzlich bis Mai 1979 geltenden Fassung:**

Versorgungsleistungen, die noch auf Mitgliedsbeiträgen an das Abgeordnetenversorgungswerk Schleswig-Holstein beruhen, stellen keine sonstigen Einkünfte im Sinne des § 22 Nr. 4 EStG dar, sondern unterliegen der Ertragsanteilsbesteuerung nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG.

### **Ansprechpartner**

Ansprechpartner für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages in allen steuerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem schleswig-holsteinischen Abgeordnetengesetz ist [REDACTED]

### **Arbeitgeberpflichten**

Beschäftigen Abgeordnete Mitarbeiter/innen (z. B. im Wahlkreisbüro), sind sie Arbeitgeber i. S. d. § 38 EStG und haben u. a. die Pflicht, die Lohn- und Kirchensteuer sowie den Solidaritätszuschlag vom Arbeitslohn der Mitarbeiter/innen einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Das Finanzamt kann nach § 38 Abs. 3a EStG zulassen, dass ein Dritter – etwa der Schleswig-Holsteinische Landtag – die Arbeitgeberpflichten übernimmt und im eigenen Namen erfüllt. Voraussetzung dafür ist, dass der Dritte

- sich hierzu gegenüber dem Arbeitgeber verpflichtet hat,
- den Lohn auszahlt oder nur Arbeitgeberpflichten für von ihm vermittelte Arbeitnehmer übernimmt und
- die Steuererhebung nicht beeinträchtigt wird.

Die Zustimmung zu diesem Verfahren erteilt das Betriebsstättenfinanzamt des Dritten auf dessen schriftlichen Antrag hin im Einvernehmen mit dem Betriebsstättenfinanzamt des Arbeitgebers. Für den Schleswig-Holsteinischen Landtag ist dies erfolgt.

Sofern Abgeordnete die Arbeitgeberpflichten selbst erfüllen wollen, können sie dazu ein gesondertes Merkblatt von der Landtagsverwaltung erhalten.

### **Arbeitszimmer**

§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b EStG schränkt den Abzug von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer ein bzw. verbietet den Abzug solcher Aufwendungen. Ein häusliches Arbeitszimmer in diesem Sinne ist ein Raum, der seiner Lage, Funktion und Ausstattung nach in die häusliche Sphäre des

der eingebunden ist, vorwiegend der Erledigung gedanklicher, verwaltungstechnischer oder organisatorischer Arbeiten dient (Urteile vom 19. September 2002, BStBl 2003 II S. 139 und vom 18. Oktober 2002, BStBl 2003 II S. 185) und ausschließlich oder nahezu ausschließlich zu betrieblichen und/oder beruflichen Zwecken genutzt wird; eine untergeordnete private Mitbenutzung (< 10 %) ist unschädlich.

Nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b EStG sind Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nur dann in voller Höhe abziehbar, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bildet. Ein häusliches Arbeitszimmer ist der Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit, wenn der Steuerpflichtige nach Würdigung des Gesamtbildes der Verhältnisse und der Tätigkeitsmerkmale dort diejenigen Handlungen vornimmt und Leistungen erbringt, die für den konkret ausgeübten Beruf wesentlich und prägend sind. Der Tätigkeitsmittelpunkt i. S. d. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 3, 2. Halbsatz EStG bestimmt sich nach dem inhaltlichen (qualitativen) Schwerpunkt der beruflichen Betätigung; dem zeitlichen (quantitativen) Umfang der Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers kommt im Rahmen der Würdigung lediglich eine indizielle Bedeutung zu.

Daneben sind die Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer abziehbar, wenn dem Steuerpflichtigen kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 2 EStG). In diesen Fällen wird die Höhe der abziehbaren Aufwendungen allerdings auf 1.250 Euro begrenzt (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 3, 1. Halbsatz EStG).

Bei Abgeordneten ist ein häusliches Arbeitszimmer nicht der Mittelpunkt der gesamten beruflichen Betätigung. Es steht ihnen regelmäßig auch ein anderer Arbeitsplatz im Landtag zur Verfügung. Daher sind die Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer bei Abgeordneten weder unbeschränkt noch beschränkt abziehbar.

Die Aufwendungen für ein außerhäusliches Arbeitszimmer werden von dem Abzugsverbot nicht erfasst.

In die häusliche Sphäre eingebunden ist ein als Arbeitszimmer genutzter Raum regelmäßig dann, wenn er zur privaten Wohnung oder zum Wohnhaus des Steuerpflichtigen gehört. Dies betrifft nicht nur die Wohnräume, sondern ebenso Zubehörräume. Auch mehrere Räume können als ein häusliches Arbeitszimmer anzusehen sein; für ein außerhäusliches Arbeits-

zimmer ist die Abtrennung der Räumlichkeiten vom übrigen Wohnbereich erforderlich. Andererseits stellt nicht jeder betrieblich oder beruflich genutzte Raum, der in einem räumlichen Zusammenhang mit dem selbst genutzten Wohnhaus oder der Wohnung steht, ein häusliches Arbeitszimmer i. S. d. Abzugsbeschränkung dar. Vielmehr folgt aus dem Wesen des Typus „häusliches Arbeitszimmer“, dass seine Grenzen fließend sind und es Übergangsformen gibt. Der jeweilige Sachverhalt muss dem Typus wertend zugeordnet werden. Entscheidend ist dabei das sich aus den konkreten Verhältnissen ergebende Gesamtbild. Aus der Rechtsprechung und Verwaltungsregelungen (BMF-Schreiben vom 2. März 2011 (BStBl I S. 195) ergeben sich folgende Abgrenzungen:

Ein häusliches Arbeitszimmer liegt vor bei

- einem häuslichen Büro eines selbständigen Handelsvertreters, eines selbständigen Übersetzers oder eines selbständigen Journalisten,
- Anmietung einer unmittelbar angrenzenden oder unmittelbar gegenüberliegenden Zweitwohnung in einem Mehrfamilienhaus (BFH-Urteile vom 26. Februar 2003, BStBl 2004 II S. 69 und 72),
- einem häuslichen ausschließlich beruflich genutzten Musikzimmer der freiberuflich tätigen Konzertpianistin, in dem diese Musikunterricht erteilt.

Dagegen handelt es sich nicht um ein häusliches, sondern um ein außer-häusliches Arbeitszimmer bei

- einer Arzt-, Steuerberater- oder Anwaltspraxis, die an das Einfamilienhaus angrenzt oder sich im selben Gebäude befindet wie die Privatwohnung, wenn diese Räumlichkeiten für einen intensiven und dauerhaften Publikumsverkehr geöffnet und z. B. bei häuslichen Arztpraxen für Patientenbesuche und -untersuchungen eingerichtet sind (BFH-Urteil vom 5. Dezember 2002, BStBl 2003 II S. 463 zu einer Notfallpraxis und Negativabgrenzung im BFH-Urteil vom 23. Januar 2003, BStBl 2004 II S. 43 zur Gutachtertätigkeit einer Ärztin);
- einem Geschäftshaus, in dem sich neben der Wohnung des Bäckermeisters die Backstube, der Verkaufsraum, ein Aufenthaltsraum für das Verkaufspersonal und das Büro, in dem die Buchhaltungsarbeiten durchgeführt werden, befinden. Das Büro ist in diesem Fall aufgrund der Nähe zu den übrigen Betriebsräumen nicht als häusliches Arbeitszimmer zu werten;

...eingelegenen Arbeitsraum, der - anders als z. B. ein Archiv - vom 19. September 2002, BStBl 2003 II S. 139) - keine (Teil-)funktion erfüllt, die typischerweise einem häuslichen Arbeitszimmer zukommt, z. B. Lager für Waren und Werbematerialien.

Ein außerhäusliches Arbeitszimmer kann danach bei beruflich genutzten Räumen vorliegen, die an das Einfamilienhaus angrenzen oder sich im selben Gebäude befinden wie die Privatwohnung, wenn sie durch einen eigenen Eingang nach außen erkennbar für einen intensiven und dauerhaften Publikumsverkehr geöffnet und eingerichtet sind.

Ein eigener Eingang kann auch noch gegeben sein, wenn die beruflich und privat genutzten Räume über einen gemeinsamen Eingangsbereich (etwa in Form eines Windfangs) verfügen. Der Eingangsbereich muss sich dann aber erkennbar von den ansonsten privat genutzten Räumen absetzen und darf – abgesehen von einer Tür – keine räumliche Verbindung zu diesen aufweisen.

Von dem Abzugsverbot für ein häusliches Arbeitszimmer nicht betroffen sind die Aufwendungen für Arbeitsmittel, die sich in dem Arbeitszimmer befinden, wie z. B. Schreibtisch, Bücherschrank und PC. Diese Aufwendungen sind bei mandatsbedingter Veranlassung als Werbungskosten zu berücksichtigen. Zur Berücksichtigung von Anschaffungs- oder Herstellungskosten vgl. unter „Absetzung für Abnutzung“).

### Auswärtstätigkeit

Eine Auswärtstätigkeit liegt vor, wenn der Steuerpflichtige vorübergehend außerhalb seiner Wohnung und außerhalb seiner regelmäßigen Arbeitsstätte (vgl. unter „Regelmäßige Arbeitsstätte“) tätig wird. Eine Auswärtstätigkeit liegt ebenfalls vor, wenn der Steuerpflichtige bei seiner individuellen beruflichen Tätigkeit typischerweise nur an ständig wechselnden Tätigkeitsstätten oder auf einem Fahrzeug tätig wird.

Unter den oben genannten Voraussetzungen können Abgeordnete Aufwendungen nach Reisekostengrundsätzen – zum Teil begrenzt durch Höchstbeträge – steuermindernd als Werbungskosten geltend machen. Die Reisekosten umfassen die Fahrtkosten, die „Verpflegungsmehraufwendungen“, die „Übernachungskosten“ und die „Reisenebenkosten“.

Die für Reisekosten aus öffentlichen Kassen gezahlten Beträge können steuerfrei nach § 3 Nr. 13 EStG erstattet werden (vgl. unter „Steuerfreie Ein-“).

nahmen“), insoweit können dann keine Werbungskosten abgezogen werden (§ 3c Abs. 1 EStG).

Zu den beruflich veranlassten Auswärtstätigkeiten gehören aus Vereinfachungsgründen auch Fahrten im Rahmen der Parteiarbeit, und zwar auch außerhalb des eigenen Wahlkreises. Bei Fahrten zu typischen Wahlkampfveranstaltungen ist allerdings das Abzugsverbot für Wahlkampfkosten zu beachten (siehe unter „Wahlkampfkosten“).

### Belege

Der Steuerpflichtige ist gemäß § 90 Abs. 1 AO zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Sachverhalts verpflichtet. Er kommt der Mitwirkungspflicht insbesondere dadurch nach, dass er die für die Besteuerung erheblichen Tatsachen vollständig und wahrheitsgemäß offen legt und die ihm bekannten Beweismittel angibt.

Werbungskosten sind nachzuweisen (§ 9a Satz 1 EStG) oder zumindest glaubhaft zu machen.

In der Regel besteht zwar aufgrund des EStG oder der AO keine gesetzliche Verpflichtung, im Rahmen der Ermittlung von sonstigen Einkünften Belege aufzubewahren. Durch die höchstrichterliche Rechtsprechung ist jedoch geklärt, dass den Steuerpflichtigen für steuermindernde Sachverhalte die objektive Beweislast trifft. Lassen sich die Tatsachen, die den Abzug der Werbungskosten dem Grunde und der Höhe nach begründen, nicht feststellen, scheidet der Werbungskostenabzug daher aus. Unsicherheiten, ob geltend gemachte Aufwendungen als Werbungskosten berücksichtigt werden können, werden am ehesten durch deren Nachweis vermieden.

Daher sollten z. B. Belege aufbewahrt werden für:

- Büroausgaben:

Porto, Papier, Schreibmittel, Briefumschläge, Aktenordner, PC-Ausstattung, Telefonausstattung (Festnetz, Handy), Büromöbel, Reinigungskosten, Mietkosten, Nebenkosten (wie Strom, Heizung, Wasser etc.) usw.;

- Fachbücher;

„Kosten“;

• „Spenden“;

• „Telekommunikationsaufwendungen“;

• „Übernachungskosten“ im In- und Ausland.

Für folgende Aufwendungen besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Aufbewahrung der Belege:

• „Bewirtungsaufwendungen“ bei mandatsbedingten Einladungen in Gaststätten (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 Satz 3 EStG);

Für folgende Aufwendungen besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage der Belege beim Finanzamt:

• „Spenden“ (Zuwendungsnachweis nach § 50 EStDV).

### **Bewirtungsaufwendungen**

Bewirtungsaufwendungen sind Aufwendungen für den Verzehr von Speisen, Getränken und sonstigen Genussmitteln sowie im Zusammenhang mit der Bewirtung anfallende Aufwendungen wie z. B. Trinkgelder und Garderobengebühren.

Bewirtungsaufwendungen, die aus Anlass eines besonderen persönlichen Ereignisses (z. B. Geburtstag) entstehen, sind nicht als Werbungskosten abziehbar. Derartige Aufwendungen unterliegen als Kosten der privaten Lebensführung dem Abzugsverbot des § 12 Nr. 1 EStG.

Auch Aufwendungen für die mandatsbedingte Bewirtung von Personen in der Wohnung von Abgeordneten gehören regelmäßig nicht zu den Werbungskosten, sondern zu den nicht abziehbaren Kosten der privaten Lebensführung (§ 12 Nr. 1 EStG).

Der Werbungskostenabzug mandatsbedingter Bewirtungsaufwendungen ist im Übrigen auf einen Höchstbetrag von 70 % der angemessenen Aufwendungen begrenzt (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG). Die Abzugsbegrenzung gilt bei der mandatsbedingten Bewirtung auch für den Teil der Aufwendungen, der auf die Abgeordneten entfällt.

Keine Bewirtung im Sinne dieser Abzugsbegrenzung nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG liegt vor bei der Gewährung von Aufmerksamkeiten in geringem Umfang (wie Kaffee, Tee, Gebäck), z. B. anlässlich von mandatsbedingten Besprechungen, wenn es sich hierbei um eine übliche Geste der Höflichkeit handelt. Derartige Aufwendungen sind in voller Höhe abziehbar.

Der Gesetzgeber hat strenge Anforderungen an die Nachweiserbringung gestellt. Im Einzelnen werden nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG folgende Angaben verlangt:

Bei einer Bewirtung in einer Gaststätte sind Angaben zu machen über

- den Anlass,
- die Teilnehmer der Bewirtung und
- die tatsächliche Höhe der Aufwendungen durch die Rechnung.

In sonstigen Fällen ist der Nachweis der Höhe und der mandatsbedingten Veranlassung schriftlich durch die folgenden Angaben zu erbringen:

- Ort,
- Tag,
- Teilnehmer,
- Anlass der Bewirtung und
- Höhe der Aufwendungen.

Auf die Angabe der Namen der Teilnehmer kann verzichtet werden, wenn ihre Feststellung nicht zumutbar ist, z. B. weil es sich um die Bewirtung einer größeren Personenzahl handelt; hier ist es dem Bewirtenden vielfach nicht möglich, die Namen der bewirteten Personen zu erfahren (BFH-Urteil vom 25. Februar 1988, BStBl II S. 581). In diesem Fall sind die Zahl der Teilnehmer sowie eine die Personengruppe kennzeichnende Sammelbezeichnung anzugeben.

Die Angaben über den Anlass der Bewirtung müssen den Zusammenhang mit der Ausübung des Mandats erkennen lassen. Angaben wie „Arbeitsgespräch“, „Infogespräch“ oder „Hintergrundgespräch“ als Anlass der Be-

ausreichend (BFH-Urteil vom 15. Januar 1998, BStBl II

Grund dieser strengen Nachweissvorschriften ist, dass der Gesetzgeber in diesem Bereich die Verlagerung von steuerlich nicht abziehbaren Ausgaben der privaten Lebensführung in den steuerlich relevanten Bereich der Betriebsausgaben oder Werbungskosten verhindern will. Die Nachweissvorschriften sind von allen Steuerpflichtigen zu erfüllen. Daher dürfen z.B. Journalisten die gesetzlich vorgesehenen Angaben nicht unter Berufung auf das Pressegeheimnis verweigern (BFH-Urteil vom 15. Januar 1998, a. a. O.). Rechtsanwälte können die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben in der Regel nicht unter Berufung auf die anwaltliche Schweigepflicht verweigern (BFH-Urteil vom 26. Februar 2004, BStBl II S. 502).

Zur Begründung hat der BFH in dem Urteil vom 15. Januar 1998 (a. a. O.) zur Pressefreiheit unter anderem ausgeführt: „... Bei der danach gebotenen Güterabwägung zwischen Pressefreiheit (als Informationsermittlungsfreiheit) und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung kann der Senat den Schutz des Presseangehörigen und seiner Informanten durch das mit empfindlicher Strafe bewehrte Steuergeheimnis (§ 30 AO; § 355 StGB) nicht unberücksichtigt lassen. Als Gegenstück zu den weitgehenden Offenbarungspflichten des Steuerrechts dient § 30 AO zum einen dem privaten Geheimhaltungsinteresse des Steuerpflichtigen und der anderen zur Auskunft verpflichteten Personen. Zugleich bezweckt die Vorschrift aber auch, durch besonderen Schutz des Vertrauens in die Amtsverschwiegenheit die Bereitschaft zur Offenlegung der steuerlich erheblichen Sachverhalte zu fördern, um so das Steuerverfahren zu erleichtern, die Steuerquellen vollständig zu erfassen und eine gesetzmäßige, insbesondere gleichmäßige Besteuerung sicherzustellen. Nach Überzeugung des Senats kommt diesen im Rechtsstaatsprinzip und im Gleichbehandlungsgebot verankerten öffentlichen Interessen, die über das nur fiskalische Interesse an der Sicherung des Steueraufkommens hinausgehen, Vorrang vor dem Pressegeheimnis und dem daraus abzuleitenden Informantenschutz zu. ...“ Diese Ausführungen hat der BFH in dem Urteil vom 26. Februar 2004 (a. a. O.) zur anwaltlichen Schweigepflicht wiederholt.

Aus diesen Gründen sind auch für Abgeordnete – selbst unter Berücksichtigung ihres besonderen verfassungsrechtlichen Status – keine weitergehenden Aufzeichnungserleichterungen möglich.

Weiterführende Informationen enthält R 4.10 (5 – 9) EStR.

### **Doppelte Haushaltsführung**

Eine doppelte Haushaltsführung liegt nur vor, wenn der Steuerpflichtige außerhalb des Ortes, in dem er einen eigenen Hausstand unterhält, beschäftigt ist und auch am Beschäftigungsort – oder in dessen Nähe – wohnt.

Ein eigener Hausstand setzt eine eingerichtete, den Lebensbedürfnissen entsprechende Wohnung des Steuerpflichtigen voraus. In dieser Wohnung muss er einen Haushalt unterhalten, d. h., er muss die Haushaltsführung bestimmen oder wesentlich mitbestimmen. Die Wohnung muss außerdem der Mittelpunkt der Lebensinteressen des Steuerpflichtigen sein.

Als Zweitwohnung am Beschäftigungsort kommt jede dem Steuerpflichtigen entgeltlich oder unentgeltlich zur Verfügung stehende Unterkunft in Betracht, z. B. auch eine Eigentumswohnung oder ein möbliertes Zimmer. Erforderlich ist aber eine auf eine gewisse Dauer angelegte ständige Nutzungsmöglichkeit. Keine doppelte Haushaltsführung ist deshalb gegeben bei nur gelegentlichen beruflich veranlassten Übernachtungen am Ort der regelmäßigen Arbeitsstätte. Derartige Übernachtungskosten sind jedoch als allgemeine Werbungskosten nach § 9 Abs. 1 Satz 1 EStG in der tatsächlichen Höhe abziehbar. Verpflegungsmehraufwendungen können dagegen bei nur gelegentlichen Hotelübernachtungen nicht berücksichtigt werden, da keine Auswärtstätigkeit und auch keine doppelte Haushaltsführung vorliegt (BFH-Urteil vom 5. August 2004, BStBl II S. 1074).

Die doppelte Haushaltsführung muss durch die berufliche Beschäftigung veranlasst sein.

Die notwendigen Mehraufwendungen, die wegen einer aus beruflichem Anlass begründeten doppelten Haushaltsführung entstehen, können – zum Teil der Höhe und der Dauer nach begrenzt – als Werbungskosten abgezogen werden. Dafür kommen in Betracht:

- die Fahrtkosten für die erste und letzte Fahrt aus Anlass des Wohnungswechsels zu Beginn und am Ende der doppelten Haushaltsführung in der tatsächlichen Höhe, hilfsweise bei Benutzung eines eigenen Fahrzeugs mit pauschalen Kilometersätzen (vgl. unter „Fahrten im Rahmen von Auswärtstätigkeiten“);

für die Wege vom Beschäftigungsort zum Ort des eigenen Lebensmittelpunktes und zurück (Familienheimfahrten) jeweils nur für eine Familienheimfahrt wöchentlich in Höhe von 0,30 Euro je Entfernungskilometer (vgl. unter „Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte“), sofern eine Familienheimfahrt nicht durchgeführt wird, können stattdessen die notwendigen Telefonkosten für ein Ferngespräch bis zu einer Dauer von 15 Minuten zur Kontaktaufnahme mit Angehörigen, die zum eigenen Hausstand gehören, geltend gemacht werden (BFH-Urteil vom 18. März 1988, BStBl II S. 988);

- die Verpflegungsmehraufwendungen für einen Zeitraum von drei Monaten nach Bezug der Wohnung am neuen Beschäftigungsort mit den bei Auswärtstätigkeiten abziehbaren Pauschbeträgen; dabei ist für die Höhe der Pauschbeträge – abweichend von der Rechtslage bei Auswärtstätigkeiten – allein die Dauer der Abwesenheit vom Lebensmittelpunkt maßgebend (vgl. unter „Verpflegungsmehraufwendungen“);
- die Aufwendungen für eine nach Größe, Ausstattung und Lage angemessene Zweitwohnung; dabei bedeutet die Begrenzung auf notwendige Mehraufwendungen, dass die subjektiven Vorstellungen, der Lebensstil und die gesellschaftliche Stellung des jeweiligen Steuerpflichtigen außer Betracht zu bleiben haben; die Notwendigkeit orientiert sich vielmehr an dem Durchschnittsmietzins einer 60 Quadratmeter großen Wohnung am Beschäftigungsort (BFH-Urteil vom 9. August 2007, BStBl II S. 820);
- die notwendigen nachgewiesenen „Umzugskosten“.

Die für eine doppelte Haushaltsführung erstatteten Mehraufwendungen sind nach § 3 Nr. 13 EStG steuerfrei, soweit die Erstattung die als Werbungskosten abziehbaren Beträge nicht übersteigt (vgl. unter „Steuerfreie Einnahmen“).

### **Einkommensteuer-Vorauszahlungen**

Da Abgeordnete keine Arbeitnehmer sind, wird vom Landtag für sie keine Einkommensteuer (Lohnsteuer) an das zuständige Finanzamt abgeführt. Vielmehr sind von den Abgeordneten für die Abgeordnetenentschädigungen und andere nicht dem Steuerabzug unterliegende Einkünfte Einkommensteuer-Vorauszahlungen zu entrichten, die von dem für sie jeweils zuständigen Finanzamt festgesetzt werden.

Die Einkommensteuer-Vorauszahlungen sind vierteljährlich zu entrichten, und zwar am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember eines jeden Jahres. Sie bemessen sich grundsätzlich nach der Einkommensteuer, die sich nach Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen bei der letzten Veranlagung ergeben hat. Sie können vom Finanzamt – z. B. bei erstmaliger Übernahme eines Mandats – an die Einkommensteuer angepasst werden, die sich für den Veranlagungszeitraum voraussichtlich ergeben wird.

Bei der Festsetzung der Vorauszahlungen können Sonderausgaben (z. B. Altersvorsorgeaufwendungen) sowie zu erwartende Werbungskosten berücksichtigt werden. Hierzu gehören beispielsweise Fahrtkosten, Büro- und Telefonkosten etc., soweit dafür keine steuerfreien Erstattungen geleistet werden (vgl. unter „Steuerfreie Einnahmen“). Bei der Höhe der anzusetzenden Werbungskosten im Vorauszahlungsverfahren handelt es sich um einen Schätzungsbetrag, den die Abgeordneten je nach individuellem Aufwand ermitteln. Auch Freibeträge, wie z. B. Pauschbeträge für behinderte Menschen, können berücksichtigt werden.

Wegen der Höhe der im Rahmen der Einkommensteuer-Vorauszahlungen zu berücksichtigenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung wird auf die Ausführungen unter „Vorsorgeaufwendungen, Kranken- und Pflegeversicherung“ verwiesen. Da die tatsächliche Höhe der abziehbaren Beiträge für den Veranlagungszeitraum 2010 dem Finanzamt nicht bekannt ist, konnte die Anpassung der Vorauszahlungen ggf. unter Beifügung einer Bescheinigung des Versicherungsunternehmens oder einer Beitragsrechnung beantragt werden. Andernfalls wurden die im letzten Einkommensteuerbescheid berücksichtigten privaten Krankenversicherungsbeiträge, allerdings gekürzt um 20 %, und die gesetzlichen Pflegeversicherungsbeiträge abgezogen, mindestens aber ein Betrag von 1.500 Euro, bei Ehegatten 3.000 Euro.

### **Einkunftsart**

Das BVerfG hat mit dem sog. Diätenurteil vom 5. November 1975 (BVerfGE 40, 296) die Steuerfreiheit der Abgeordnetenbezüge als Aufwandsentschädigungen nach § 3 Nr. 12 EStG wegen Verstoßes gegen Artikel 3 GG für verfassungswidrig erklärt. In der Folge musste der Gesetzgeber eine gesetzliche Regelung zur Diätenbesteuerung schaffen. Durch das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 18. Februar 1977 wurde in § 22 EStG eine zusätzliche Num-

Die Steuerpflicht der Abgeordnetenbezüge als „sonstige

Die Abgeordnetenbezüge werden rechtssystematisch den sonstigen Einkünften zugeordnet, da die Berührungspunkte der Tätigkeit von Abgeordneten mit der Einkunftsart „selbständiger Arbeit“ aufgrund ihres besonderen öffentlich-rechtlichen Status in den Hintergrund treten. Im Übrigen schulden die Abgeordneten im Gegensatz zu selbstständig Tätigen Dritten keinen Arbeitsvertrag.

Eine Zuordnung zu den „Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit“ kommt nicht in Betracht, weil Abgeordnete weisungsunabhängig sind und nicht in einem Dienstverhältnis stehen.

Die Abgeordneten sind Träger eines durch Volkswahl erworbenen Mandats und bestimmen als „Vertreter des ganzen Volkes“ den Kreis ihrer Tätigkeit und ihrer Aufgaben selbst. Daher sind auch die steuerpflichtigen Bezüge aus der Abgeordnetentätigkeit weder umsatzsteuer- noch gewerbesteuerpflichtig.

### Ermittlung der Einkünfte

Sonstige Einkünfte sind durch Gegenüberstellung der Einnahmen über die Werbungskosten zu ermitteln (§ 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG).

Einnahmen sind alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen und dem Steuerpflichtigen im Rahmen einer Einkunftsart zufließen (§ 8 EStG). Sie sind in dem Kalenderjahr bezogen und anzusetzen, in dem sie dem Steuerpflichtigen zugeflossen sind (§ 11 Abs. 1 Satz 1 EStG).

Der Umfang der sonstigen Einkünfte i. S. d. § 22 Nr. 4 EStG ist in dieser Vorschrift abschließend geregelt. Danach gehören bei diesen sonstigen Einkünften zu den Einnahmen nur die Entschädigungen, Amtszulagen, Zuschüsse zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, Übergangsgelder, Überbrückungsgelder, Sterbegelder, Versorgungsabfindungen, Versorgungsbezüge und vergleichbare Bezüge, die auf Grund eines Abgeordnetengesetzes gezahlt werden (§ 22 Nr. 4 Satz 1 EStG); die Vorschriften über Steuerbefreiungen sind zu beachten. Leistungen, die außerhalb dieser Gesetze erbracht werden, sind nach allgemeinen Grundsätzen einkommenssteuerrechtlich zu beurteilen.

Dies gilt beispielsweise auch für den Sachwert von unentgeltlichen Bewirtungen, die Abgeordneten anlässlich von Reisen des Ältestenrates oder von interfraktionellen Reisen gewährt werden, oder von sonstigen geldwerten Vorteilen. Derartige Vorteile gehören nicht zu den sonstigen Einkünften i. S. d. § 22 Nr. 4 EStG, da sie nicht auf Grund des SH AbgG gewährt werden. Es kann sich dabei aber um sonstige Einkünfte aus Leistungen i. S. d. § 22 Nr. 3 EStG handeln. Leistung i. S. d. Vorschrift ist jedes Tun, Unterlassen oder Dulden, das Gegenstand eines entgeltlichen Vertrages sein kann und das eine Gegenleistung auslöst. Eine gelegentliche unentgeltliche Beköstigung wird aber nicht im Rahmen eines derartigen Leistungsaustausches erbracht. Sie stellt vielmehr eine bloße Aufmerksamkeit dar, die im gesellschaftlichen Verkehr üblich und regelmäßig nicht Gegenstand eines entgeltlichen Vertrages ist. Daher ist dieser Vorteil einkommensteuerrechtlich unbeachtlich.

Werbungskosten sind die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 9 Abs. 1 Satz 1 EStG, finale Begriffsbestimmung) bzw. aus Gründen der Gleichbehandlung entsprechend der Regelung für Betriebsausgaben die Aufwendungen, die durch die Tätigkeit veranlasst sind (§ 4 Abs. 4 EStG, kausale Begriffsbestimmung). Werbungskosten sind für das Kalenderjahr abzusetzen, in dem sie geleistet worden sind (§ 11 Abs. 2 Satz 1 EStG).

Zu den Werbungskosten gehören insbesondere

- Schuldzinsen und auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, soweit sie mit der Einkunftsart in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen;
- Steuern vom Grundbesitz, sonstige öffentliche Abgaben und Versicherungsbeiträge, soweit sie sich auf Gebäude oder Gegenstände beziehen, die der Einnahmeerzielung dienen;
- Beiträge zu Berufsständen und sonstigen Berufsverbänden;
- notwendige Mehraufwendungen wegen einer aus beruflichem Anlass begründeten doppelten Haushaltsführung;
- Aufwendungen für Arbeitsmittel;
- Absetzungen für Abnutzung;

Für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

Die Werbungskosten im Sinne des § 22 Nr. 4 EStG können Aufwendungen nur als Werbungskosten abgezogen werden, wenn sie durch das Mandat bedingt sind.

Die Werbungskosten im Zusammenhang mit dem Mandat sind auf einer be-  
stimmten, frei gestaltbaren Anlage zur Einkommensteuererklärung an-  
zugeben. Auf dem Vordruck „Anlage SO“, bei dem es sich um einen bun-  
desweit einheitlichen Vordruck handelt, gibt es dafür keine Eintragungsmöglich-  
keit.

Aufwendungen für die Lebensführung, die die wirtschaftliche oder gesell-  
schaftliche Stellung des Steuerpflichtigen mit sich bringt, dürfen nicht als  
Werbungskosten abgezogen werden, auch wenn sie zur Förderung des Be-  
rufs oder der Tätigkeit erfolgen (§ 12 Nr. 1 EStG).

Dieser schließt § 22 Nr. 4 Satz 3 EStG Wahlkampfkosten zur Erlangung ei-  
nes Mandats im Bundestag, im Europäischen Parlament oder im Parlament  
eines Landes ausdrücklich vom Werbungskostenabzug aus (siehe Wahl-  
kampfkosten). Dies gilt auch bei einem erfolglosen Wahlkampf (BFH-Urteil  
vom 8. Dezember 1987, BStBl 1988 II S. 435).

### Erstattung von Aufwendungen

Erstattet werden den Abgeordneten die nachgewiesenen Aufwendungen für  
die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (§ 9 Abs. 1  
SH AbgG n. F.), die Kosten für bestimmte Fahrten (§§ 13, 14 SH AbgG  
n. F.) und angemessene Übernachtungskosten, wenn Abgeordnete wegen  
der Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen aus zwingenden Gründen  
außerhalb ihres Wohnortes übernachten (§ 12 SH AbgG n. F.). Weiter er-  
halten Abgeordnete nach Maßgabe des § 17 SH AbgG n. F. eine zusätz-  
liche Entschädigung zur Finanzierung der Altersversorgung sowie gemäß  
§ 25 AbgG n. F. einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen.

Für die einkommensteuerrechtliche Behandlung der erstatteten Beträge ist  
danach zu untersuchen, ob sie aufgrund einer besonderen gesetzlichen  
Regelung steuerfrei sind:

- Soweit die erstatteten Beträge nicht einkommensteuerfrei sind, gehören  
sie einerseits zu den steuerpflichtigen Einnahmen i. S. d. § 22 Nr. 4

EStG, da sie aufgrund des Abgeordnetengesetzes gezahlt werden. Sie sind dann bei der Ermittlung der Einkünfte anzusetzen. Andererseits sind die entsprechenden Aufwendungen dann ungekürzt als Werbungskosten bzw. Vorsorgeaufwendungen anzusetzen.

Diese steuerneutrale Wirkung greift aber nicht ein, soweit gesetzliche Abzugsverbote zu berücksichtigen sind.

Dies ist zum einen bei bestimmten Fahrtkosten der Fall. Nach den §§ 13, 14 SH AbgG n. F. erhalten Abgeordnete bei Benutzung eines Kraftfahrzeugs eine Fahrtkostenentschädigung von 0,30 Euro für jeden gefahrenen Kilometer. Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte oder für Familienheimfahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung sind aber nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 bzw. Nr. 5 EStG nur mit 0,30 Euro je Entfernungskilometer abziehbar.

Zum anderen ist der Abzug von Vorsorgeaufwendungen nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen möglich.

Soweit danach die mit den Erstattungen zusammenhängenden Aufwendungen nicht in voller Höhe als Werbungskosten bzw. Sonderausgaben berücksichtigt werden können, verbleibt ein zu versteuernder Überschuss.

- Soweit die erstatteten Beträge einkommensteuerfrei sind, (vgl. unter „Steuerfreie Einnahmen“), sind sie bei der Ermittlung der Einkünfte nicht als Einnahmen anzugeben. Bei der Ermittlung der Werbungskosten bzw. der abziehbaren Sonderausgaben sind dann aber § 3c Abs. 1 EStG und § 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EStG zu beachten. Danach dürfen Ausgaben, soweit sie mit steuerfreien Einnahmen in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, nicht als Werbungskosten oder Vorsorgeaufwendungen abgezogen werden. Dieses Abzugsverbot greift aber nur bis zur Höhe der Erstattung ein. Übersteigen die Aufwendungen die steuerfrei erstatteten Beträge, können daher die übersteigenden Beträge als Werbungskosten bzw. Vorsorgeaufwendungen geltend gemacht werden.

## **Fahrtkosten**

### **Allgemeines**

Sie erhalten nach § 13 SH AbgG n. F. für Fahrten in ihrem  
 nur Fahrten zu den in § 10 Abs. 1 und 2 SH AbgG n. F.  
 sungen oder Veranstaltungen auf Antrag und Einzelnach-  
 ickstellenerstattung, und zwar bei Benutzung eines Kraftfahrzeugs  
 von 0,30 Euro je gefahrenen Kilometer und bei Benutzung regel-  
 verkehrender öffentlicher Verkehrsmittel in Höhe der Kosten der  
 Diese Fahrtkostenerstattung gehört grundsätzlich zu den ein-  
 sonstigen Einkünften gemäß § 22 Nr. 4 EStG.  
 bedingte Fahrtkosten können jedoch als Werbungskosten ab-  
 werden, ggf. allerdings der Höhe und Dauer nach nur begrenzt.

Werbungskostenabzug der Fahrtkosten sind zwei Bereiche zu prüfen:

- Welche Fahrten sind dem Grunde nach absetzbar und
- in welcher Höhe können dafür Kosten abgesetzt werden?

#### **Grundsätzliche Absetzbarkeit von Fahrtkosten**

Einkommensteuerrechtlich können die Aufwendungen für folgende Fahrten  
 dem Grunde nach als Werbungskosten berücksichtigt werden:

- Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte,
  - Fahrten aufgrund mandatsbedingter Auswärtstätigkeiten
- oder
- Fahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung (sog. Familienheimfahrten).

Im Einzelnen gilt Folgendes:

#### **Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte**

Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstät-  
 te sind ab dem ersten Entfernungskilometer mit 0,30 Euro steuerlich ab-  
 ziehbar. Ferner können die tatsächlichen Kosten für die Benutzung öffentli-  
 cher Verkehrsmittel, soweit sie den im Kalenderjahr insgesamt als Entfer-  
 nungspauschale abziehbaren Betrag übersteigen, die Unfallkosten bei Fahr-  
 ten zur regelmäßigen Arbeitsstätte sowie die Fährkosten als Werbungkos-  
 ten angesetzt werden.

Regelmäßige Arbeitsstätte ist der ortsgebundene Mittelpunkt der dauerhaften beruflichen Tätigkeit. Bei Abgeordneten ist davon auszugehen, dass der Landtag als deren regelmäßige Arbeitsstätte anzusehen ist. Wegen der Einzelheiten der steuerrechtlichen Behandlung vgl. unter „Regelmäßige Arbeitsstätte“.

Für die Bestimmung der Entfernung ist die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte maßgebend; eine andere als die kürzeste Straßenverbindung kann zugrunde gelegt werden, wenn diese offensichtlich verkehrsgünstiger ist und vom Steuerpflichtigen regelmäßig für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte benutzt wird (§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 4 EStG).

Hat ein Steuerpflichtiger mehrere Wohnungen, sind die Wege von der weiter entfernt liegenden Wohnung nur zu berücksichtigen, wenn sie den Mittelpunkt der Lebensinteressen des Steuerpflichtigen bildet und nicht nur gelegentlich aufgesucht wird (§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 Satz 6 EStG).

Die Entfernungspauschale wird unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel angesetzt, d. h., es ist grundsätzlich unerheblich, ob die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu Fuß, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad, dem Motorrad oder dem eigenen Kraftwagen zurückgelegt werden (siehe aber nachfolgende Ausführungen). Es kommt auch nicht darauf an, ob überhaupt Kosten für diese Wege entstanden sind. Eine individuelle Abrechnung ist nicht möglich.

Ein höherer Betrag als 4.500 Euro darf angesetzt werden, soweit der Steuerpflichtige einen eigenen oder ihm zur Nutzung überlassenen Kraftwagen benutzt oder soweit die Aufwendungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel den im Kalenderjahr insgesamt als Entfernungspauschale abziehbaren Betrag übersteigen. Für Veranlagungszeiträume bis 2011 können Aufwendungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel angesetzt werden, soweit sie den als Entfernungspauschale abziehbaren Betrag übersteigen.

Die Entfernungspauschale ist auch dann anzusetzen, wenn Abgeordnete ihre regelmäßige Arbeitsstätte nur deshalb aufsuchen, um von dort eine Auswärtstätigkeit anzutreten, z. B. bei einer Ausschussreise, die vom Landtag aus angetreten wird (BFH-Urteile vom 18. Januar 1991, BStBl II S. 408, und vom 2. Februar 1994, BStBl II S. 422).

auser- möglich für eine Hin- oder Rückfahrt benutzt, etwa weil  
 dass n der eine Auswärtstätigkeit anschließt, die nicht an dem-  
 e Ar- orte, sondern aber an der Wohnung der Abgeordneten endet, so ist die  
 Entfernungspauschale nur zur Hälfte anzusetzen (BFH-Urteil vom 26. Juli  
 2010, III 1 S. 661).

ding ~~Steuerpflichtige.~~  
 ande- ~~1. einem Grad der Behinderung mindestens 70 beträgt,~~  
 wenn ~~2. einem Grad der Behinderung weniger als 70, aber mindestens 50 beträgt~~  
 regel- ~~und sie in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beein-~~  
 I (§ 9 ~~schädigt sind.~~

wei- ~~Steuern~~ an Stelle der Entfernungspauschalen die tatsächlichen Aufwendun-  
 Mit- ~~gen für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte oder aber ohne Ein-~~  
 r ge- ~~zelnen Nachweis der tatsächlichen Aufwendungen die pauschalen Kilometersät-~~  
 zusetzen (vgl. unter „Fahrkosten in tatsächlicher Höhe“). Die Behinde-  
 rung ist durch amtliche Unterlagen nachzuweisen.

nittel ~~Nehmen~~ Steuerpflichtige am Ort der regelmäßigen Arbeitsstätte und unter-  
 chen, ~~nehmen~~ sie an einem anderen Ort einen eigenen Hausstand, liegt eine sog.  
 mit doppelte Haushaltsführung vor.  
 elegt

t da- ~~Für die Anzahl der Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeits-~~  
 indivi- ~~stätte und die dabei zurückgelegte Entfernung ist kein besonderer Nachweis~~  
ver ~~vorgeschrieben. Sie sind lediglich nach allgemeinen Grundsätzen nachzu-~~  
weisen (§ 9a Satz 1 EStG) oder glaubhaft zu machen.

Steu- ~~Die Abgeordneten erhalten für die Fahrten zum Landtag gemäß § 10~~  
 agen ~~Abs. 1, § 13 SH AbgG auf Antrag und Einzelnachweis Fahrkostenerstat-~~  
 Ver- ~~tungen. Die erstatteten Beträge sind nicht nach § 3 Nr. 13 EStG einkom-~~  
 ab- ~~mensteuerfrei, sondern gehören zu den steuerpflichtigen Einnahmen nach~~  
 nnen ~~§ 22 Nr. 4 EStG.~~  
 wer-  
 stei-

e ih- **Fahrten im Rahmen von Auswärtstätigkeiten**  
 Aus-  
 dtag  
 und

Fahrtkosten anlässlich von beruflich veranlassten Auswärtstätigkeiten kön-  
 nen in der tatsächlichen Höhe berücksichtigt werden. Dies sind die Aufwen-  
 dungen, die den Abgeordneten durch die Benutzung eines Beförderungsmit-  
 tels entstehen (vgl. unter „Höhe der absetzbaren Fahrtkosten“).

Für die Fahrten im Rahmen von Auswärtstätigkeiten und die dabei zurückgelegten Entfernungen ist kein besonderer Nachweis vorgeschrieben. Sie sind lediglich nach allgemeinen Grundsätzen nachzuweisen (§ 9a Satz 1 EStG) oder glaubhaft zu machen.

Die Abgeordneten erhalten für die Fahrten im Rahmen von Auswärtstätigkeiten gemäß § 10 Abs. 1, § 13 SH AbgG n. F. auf Antrag und Einzelnachweis Fahrtkostenerstattungen. Die erstatteten Beträge sind nach § 3 Nr. 13 EStG einkommensteuerfrei und gehören nicht zu den steuerpflichtigen Einnahmen nach § 22 Nr. 4 EStG.

### **Fahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung**

Die Aufwendungen für Fahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung können in folgender Höhe als Werbungskosten berücksichtigt werden:

- für die erste und letzte Fahrt aus Anlass des Wohnungswechsels zu Beginn und am Ende der doppelten Haushaltsführung in der tatsächlichen Höhe, bei Benutzung eines eigenen Fahrzeugs hilfsweise mit den pauschalen Kilometersätzen (vgl. unter „Höhe der absetzbaren Fahrtkosten“);
- für die Wege vom Beschäftigungsort zum Ort des eigenen Hausstands und zurück (Familienheimfahrten) jeweils nur für eine Familienheimfahrt wöchentlich in Höhe der Entfernungspauschale von 0,30 Euro je Entfernungskilometer (vgl. unter „Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte“); sofern eine Familienheimfahrt nicht durchgeführt wird, können stattdessen die notwendigen Telefonkosten für ein Ferngespräch bis zu einer Dauer von 15 Minuten zur Kontaktaufnahme mit Angehörigen, die zum eigenen Hausstand gehören, geltend gemacht werden (BFH-Urteil vom 18. März 1988, BStBl II S. 988).

Soweit die Abgeordneten für die Familienheimfahrten gemäß § 10 Abs. 1, § 13 SH AbgG n. F. auf Antrag und Einzelnachweis Fahrtkostenerstattungen erhalten, sind die erstatteten Beträge bis zur Höhe der als Werbungskosten abziehbaren Beträge nach § 3 Nr. 13 EStG einkommensteuerfrei und gehören nicht zu den steuerpflichtigen Einnahmen nach § 22 Nr. 4 EStG. Soweit die Erstattung die abziehbaren Beträge übersteigt, ist

rück-  
Sie  
atz 1

als Einnahme zu erfassen (vgl. unter "Erstattung von

ärts-  
nzel-  
§ 3  
ichti-

### Höhe der absetzbaren Fahrtkosten

#### **Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel**

Bei öffentlichen Verkehrsmitteln ist der entrichtete Fahrpreis einschließlich  
Zuschläge (z. B. ICE-, IC-, EC-Zuschläge, Reservierung, Schlaf-  
anzusetzen. Die Höhe der tatsächlichen Kosten ist durch Vorlage  
nachzuweisen (Fahrscheine, Flugtickets).

#### **Nutzung eines eigenen Fahrzeugs; tatsächliche Kosten**

Bei der Nutzung eines eigenen Fahrzeugs ist der Teilbetrag der jähr-  
Gesamtkosten dieses Fahrzeugs anzusetzen, der dem Anteil der zu  
berücksichtigenden Fahrten an der Jahresfahrleistung entspricht.

Voraussetzung hierfür ist, dass die Ermittlung der Gesamtkosten des Fahr-  
und die jährliche Gesamtfahrleistung sowie die mandatsbedingt ge-  
legenen Kilometer belegt und festgehalten werden.

Zu den Gesamtkosten eines Fahrzeugs gehören

- die Betriebsstoffkosten,
- die Wartungs- und Reparaturkosten,
- die Kosten einer Garage am Wohnort,
- die Kraftfahrzeugsteuer,
- die Aufwendungen für die Haftpflicht- und Fahrzeugversicherungen,
- die Absetzungen für Abnutzung (AfA) sowie
- die Zinsen für ein Anschaffungsdarlehen.

Der AfA ist bei Personenkraftwagen und Kombifahrzeugen grundsätzlich ei-  
ne Nutzungsdauer von 6 Jahren zugrunde zu legen. Bei einer hohen Fahr-  
leistung kann auch eine kürzere Nutzungsdauer berücksichtigt werden. Bei  
Kraftfahrzeugen, die im Zeitpunkt der Anschaffung nicht neu gewesen sind,  
ist die entsprechende Restnutzungsdauer unter Berücksichtigung des Al-  
ters, der Beschaffenheit und des voraussichtlichen Einsatzes des Fahr-  
zeugs zu schätzen.

alts-  
wer-

Be-  
chen  
pau-  
ahrt-

ands  
fahrt  
Ent-  
egel-  
führt  
nge-  
An-  
wer-

s. 1,  
stat-  
Ver-  
nen-  
§ 22  
t, ist

Aufwendungen infolge von Verkehrsunfällen, Beiträge zu Kfz-Insassen- und Unfallversicherung sowie Park- oder Autobahngebühren gehören nicht zu den Gesamtkosten und können in voller Höhe als „Reisenebenkosten“ abgezogen werden, wenn sie der mandatsbedingten Fahrt zuzuordnen sind.

Zu den nicht abziehbaren Aufwendungen gehören hingegen Verwarnungs-, Ordnungs- und Bußgelder.

Ein Teilnachweis der tatsächlichen Gesamtkosten ist möglich. Der nicht nachgewiesene Teil der Kosten kann dann geschätzt werden; dabei ist von den für den Steuerpflichtigen ungünstigsten Umständen auszugehen (BFH-Urteil vom 7. April 1992, BStBl II S. 854).

Damit die Gesamtfahrleistung und die mandatsbedingten Fahrten ohne Schwierigkeiten nachgewiesen werden können, sollte ein Fahrtenbuch geführt werden (vgl. unter „Fahrtenbuch, Ermittlung der tatsächlichen Fahrzeugkosten“).

Auf der Grundlage der für einen Zeitraum von zwölf Monaten ermittelten Gesamtkosten des Fahrzeugs können unter Berücksichtigung der Gesamtfahrleistung in diesen zwölf Monaten die Kosten pro Kilometer errechnet werden, die für mandatsbedingte Fahrten als tatsächliche Kosten angesetzt werden können. Dieser Kilometersatz kann so lange angesetzt werden, bis sich die Verhältnisse wesentlich ändern, z. B. bei Ablauf des Abschreibungszeitraums, bei Eintritt veränderter Leasingbedingungen oder bei Anschaffung eines neuen Fahrzeugs.

### **Benutzung eines eigenen Fahrzeugs; pauschale Kilometersätze**

Statt der nachgewiesenen tatsächlichen Kosten können bei der Benutzung eines eigenen Fahrzeugs auch pauschale Kilometersätze als Werbungskosten abgezogen werden, und zwar

- bei einem Kraftwagen 0,30 Euro je gefahrenen Kilometer,
- bei einem Motorrad oder Motorroller 0,13 Euro je gefahrenen Kilometer,
- bei einem Moped oder Mofa 0,08 Euro je gefahrenen Kilometer,
- bei einem Fahrrad 0,05 Euro je gefahrenen Kilometer.

Für jede Person, die aus beruflicher Veranlassung bei einer Auswärtstätigkeit mitgenommen wird, erhöht sich der Kilometersatz bei der Benutzung

1- und  
ht zu  
1" ab-  
nd.

ings-

nicht  
it von  
BFH-

ohne  
h ge-  
Fahr-

elten  
samt-  
chnet  
setzt  
n, bis  
Ab-  
er bei

zung  
ings-

ter,

ätig-  
zung

... um 0,02 Euro und bei der Benutzung eines Motorrades  
... um 0,01 Euro.

Bei pauschalen Kilometersätzen können etwaige außergewöhnliche Kosten abgezogen werden, wenn diese durch Fahrten entstanden sind, für die die Kilometersätze anzusetzen sind. Außergewöhnliche Kosten sind:

- nicht voraussehbare Aufwendungen für Reparaturen, die z. B. auf Unfall-  
schäden beruhen, nicht aber für Reparaturen, die auf Verschleiß zurück-  
zuführen sind;
- Aufwendungen für außergewöhnliche technische Abnutzung und
- Aufwendungen infolge eines Schadens, der durch den Diebstahl des  
Fahrzeugs entstanden ist.

Sind entsprechende Schadensersatzleistungen auf die Kosten an-  
zusetzen. Kosten, die mit dem laufenden Betrieb des Fahrzeugs zu-  
sammenhängen, z. B. Aufwendungen für eine Fahrzeugvollversicherung,  
sind keine außergewöhnlichen Kosten.

Die pauschalen Kilometersätze sind nicht anzusetzen, soweit sie im Einzel-  
fall zu einer offensichtlich unzutreffenden Besteuerung führen würden. Dies  
kann z. B. in Betracht kommen, wenn bei einer Jahresfahrleistung von mehr  
als 40.000 km die pauschalen Kilometersätze die tatsächlichen Kilometer-  
sätze offensichtlich übersteigen (BFH-Urteil vom 26. Juli 1991, BStBl 1992 II  
S. 105).

### Fahrtenbuch, Ermittlung der tatsächlichen Fahrzeugkosten

Ein Fahrtenbuch sollte geführt werden, wenn die tatsächlichen Kosten eines  
Fahrzeugs geltend gemacht werden sollen. Dadurch werden Nachweis-  
schwierigkeiten vermieden.

Inhaltlich müssen die Aufzeichnungen in einem Fahrtenbuch so gestaltet  
sein, dass sie eine leichte und einwandfreie Überprüfung der Angaben er-  
möglichen.

Ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch setzt dementsprechend die Trennung der durch das Mandat und der privat veranlassten Fahrten sowie der damit verbundenen Kilometerleistungen voraus.

Für Privatfahrten genügen jeweils Kilometerangaben; für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte genügt jeweils ein kurzer Vermerk im Fahrtenbuch.

Für mandatsbedingte Fahrten sind grundsätzlich die folgenden Angaben erforderlich:

- Datum,
- Kilometerstand zu Beginn und am Ende jeder einzelnen Auswärtstätigkeit,
- Reiseziel und bei Umwegen auch die Reiseroute,
- Reisezweck und aufgesuchte Gesprächspartner.

Es genügt aber, wenn in dem Fahrtenbuch selbst als Reisezweck nur die Angabe „mandatsbedingte Fahrt“ aufgenommen wird und der Name des aufgesuchten Gesprächspartners in einer vom Fahrtenbuch getrennt geführten Aufzeichnung (z. B. Terminkalender) festgehalten wird. Die Zusammenführung des Fahrtenbuchs und der weiteren Aufzeichnung muss allerdings ohne weiteres möglich sein.

Die Angaben im Fahrtenbuch und den weiteren ggf. vorzulegenden Aufzeichnungen zu den Gesprächspartnern unterliegen dem Steuergeheimnis (vgl. unter „Steuergeheimnis“). Auch wenn die Angaben zu einzelnen Gesprächspartnern als sensibel einzustufen sind, gehört deren Benennung zur Führung eines ordnungsgemäßen Fahrtenbuchs. Es bestehen insofern keine Unterschiede zu anderen Berufsgruppen wie z. B. Ärzten, Rechtsanwälten oder Journalisten.

Das Führen des Fahrtenbuches kann nicht auf einen repräsentativen Zeitraum beschränkt werden, selbst wenn die Nutzungsverhältnisse keinen größeren Schwankungen unterliegen. Das Fahrtenbuch muss laufend geführt werden.

Die abziehbaren tatsächlichen Kraftfahrzeugkosten sind anhand des Fahrtenbuchs nach folgendem Schema zu ermitteln:

**Berechnung der Gesamtfahrleistung:**

$$\frac{\text{Tachostand am Jahresende} - \text{Tachostand am Jahresanfang}}{1} = \text{Gesamtfahrleistung im Jahr}$$

**2. Schritt****Berechnung des individuellen Kilometersatzes**

$$\frac{\text{Gesamtkosten}}{\text{Gesamtfahrleistung}} = \text{individueller Kilometersatz}$$

**3. Schritt****Ermittlung der abziehbaren Fahrtkosten**

$$\text{mandatsbedingt gefahrene km} \times \text{individueller Kilometersatz} = \text{abziehbare Fahrtkosten}$$

**Gemeinschaftskasse der Abgeordneten**

Beitragszahlungen der Abgeordneten an eine Gemeinschaftskasse, aus der mandatsbedingte Ausgaben (z. B. Publikationen oder Werbemittel zum Einsatz in der Wahlkreisarbeit) beglichen werden, sind nicht bereits im Zeitpunkt der Beitragszahlung als Werbungskosten zu berücksichtigen, sondern erst bei verausgabung aus der Gemeinschaftskasse. Mittel, die für Wahlkampfkosten verwendet werden, sind nicht abziehbar (vgl. auch unter „Wahlkampfkosten“).

Die Höhe der anteilig auf den jeweiligen Abgeordneten entfallenden verausgachten Beträge ist durch eine Bescheinigung der Verwalter der Gemeinschaftskasse nachzuweisen.

**Geschenke**

Bei der steuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen für Geschenke ist zu unterscheiden zwischen Geschenken an Arbeitnehmer/innen der Abgeordneten (z. B. Mitarbeiter/innen und Hilfskräfte) und Geschenken an sonstige Personen.

**Geschenke an Mitarbeiter/innen der Abgeordneten:**

Aufwendungen für Geschenke an Mitarbeiter/innen von Abgeordneten können gemäß § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Satz 1 EStG in vollem Umfang als Werbungskosten abgezogen werden.

Die Geschenke führen allerdings bei den Mitarbeiter/innen in der Regel zu einem steuerpflichtigen geldwerten Vorteil. Eine Ausnahme besteht für Sachgeschenke anlässlich eines besonderen persönlichen Ereignisses der Arbeitnehmer/innen bis zu 40 Euro je Ereignis (z. B. Blumen, Genussmittel, ein Buch oder ein Tonträger anlässlich eines Geburtstags).

Geldzuwendungen gehören hingegen stets zum Arbeitslohn, auch wenn ihr Wert gering ist (R 19.6 Abs. 1 LStR).

#### **Geschenke an sonstige Personen:**

Nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Satz 1 EStG dürfen Aufwendungen für mandatsbedingte Sach- und Geldgeschenke grundsätzlich nicht abgezogen werden.

Dies gilt jedoch gemäß § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Satz 2 EStG dann nicht, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der einem Empfänger im Kalenderjahr zugewendeten Geschenke eine Freigrenze von 35 Euro nicht übersteigen. Sofern die Freigrenze überschritten wird, entfällt der Abzug vollständig.

Parteispenden sind keine Geschenke i. S. d. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG (§ 4 Abs. 6 EStG). Siehe unter „Spenden“.

#### **Kinderbetreuungskosten**

Zwei Drittel der Aufwendungen, höchstens 4.000 Euro je Kind, für Dienstleistungen zur Betreuung eines zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörenden Kindes, das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen einer vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetretenen Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, können als Sonderausgaben berücksichtigt werden.

kön- für Aufwendungen für Unterricht, die Vermittlung be-  
Wer- reiten sowie für sportliche und andere Freizeitbetätigungen.

el zu ~~Es ist~~ Voraussetzung für den Abzug der Aufwendungen ist, dass der  
Sa- ~~Leistungserbringer~~ für die Aufwendungen eine Rechnung erhalten hat und die  
Ar- ~~Zahlung~~ auf das Konto des Erbringers der Leistung erfolgt ist.

mittel,

### Krankenversicherung

n ihr

~~Die Abgeordnete~~ des Landtages besteht keine Krankenversicherungspflicht.

~~Die Abgeordnete~~ erhalten gemäß § 25 Abs. 1 SH AbgG n. F. einen Zuschuss zu  
~~den Krankenversicherungsbeiträgen.~~

nan-  
ogen

~~Wer~~ eines Anspruchs auf den vorstehenden Zuschuss erhalten Ab-  
~~geordnete~~, die bei Annahme ihres Mandats beihilfeberechtigt sind, einen  
~~Zuschuss~~ zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und  
~~Todesfällen~~ in sinngemäßer Anwendung der Beihilfevorschriften für Lan-  
~~desbeamtinnen~~ und Landesbeamte, sofern sich ein Anspruch auf Beihilfe  
~~nicht~~ aus anderen landesrechtlichen oder bundesrechtlichen Vorschriften  
~~ergibt~~ (§ 25 Abs. 2 SH AbgG n. F.).

licht,  
er im  
nicht  
bzug

~~Einkommensteuerrechtlich~~ gilt Folgendes:

:StG

- Der Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen ist gemäß § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe a EStG i. V. m. § 3 Nr. 62 EStG steuerfrei.
- Der Zuschuss zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen ist gemäß § 3 Nr. 11 EStG steuerfrei.
- Soweit die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung den steuerfreien Zuschuss übersteigen (§ 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EStG), sind sie in beschränktem Umfang als Sonderausgaben abziehbar (vgl. unter „Vorsorgeaufwendungen, sonstige“).

entst-  
ehö-  
egen  
au-  
be-

### Mitarbeiter/innen von Abgeordneten

Gemäß § 9 Abs. 1 SH AbgG n. F. werden den Abgeordneten auf Antrag nachgewiesene Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zu einer Höhe von zurzeit 915 Euro monatlich erstattet.

Der Aufwendungsersatz ist einerseits steuerpflichtig und bei den Einnahmen zu erfassen. Andererseits ist der gezahlte Arbeitslohn bei den Abgeordneten als Werbungskosten zu berücksichtigen. Dies gilt ggf. auch für die vom Abgeordneten im Innenverhältnis übernommene pauschale Lohnsteuer (§ 40a Abs. 5 i. V. m. § 40 Abs. 3 EStG) sowie für die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (vgl. unter „Personalkosten“). Einkommensteuerrechtlich handelt es sich daher für die Abgeordneten um ein „Nullsummenspiel“. Es ist daher nicht zu beanstanden, wenn Abgeordnete die Entschädigung für die Beschäftigung von Mitarbeiter/innen in ihrer Einkommensteuererklärung nicht angeben.

Zu den Arbeitgeberpflichten ist bei der Landtagsverwaltung ein besonderes Merkblatt erhältlich.

### Nachweispflichten

Das Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse gemäß § 102 Abs. 1 Nr. 2 AO befreit die Abgeordneten nicht von den allgemeinen, für alle Steuerpflichtigen geltenden steuerlichen Aufzeichnungs- und Nachweispflichten.

Zur Begründung hat der BFH in seinem Urteil vom 15. Januar 1998 (BStBl II S. 263) zur Pressefreiheit unter anderem ausgeführt: „... Bei der danach gebotenen Güterabwägung zwischen Pressefreiheit (als Informationsermittlungsfreiheit) und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung kann der Senat den Schutz des Presseangehörigen und seiner Informanten durch das mit empfindlicher Strafe bewehrte Steuergeheimnis (§ 30 AO; § 355 StGB) nicht unberücksichtigt lassen. Als Gegenstück zu den weitgehenden Offenbarungspflichten des Steuerrechts dient § 30 AO zum einen dem privaten Geheimhaltungsinteresse des Steuerpflichtigen und der anderen zur Auskunft verpflichteten Personen. Zugleich bezweckt die Vorschrift aber auch, durch besonderen Schutz des Vertrauens in die Amtsverschwiegenheit die Bereitschaft zur Offenlegung der steuerlich erheblichen Sachverhalte zu fördern, um so das Steuerverfahren zu erleichtern, die Steuerquellen vollständig zu erfassen und eine gesetzmäßige, insbesondere gleichmäßige Besteuerung sicherzustellen. Nach Überzeugung des Senats kommt diesen im Rechtsstaatsprinzip und im Gleichbehandlungsgebot verankerten öffentlichen Interessen, die über das nur fiskalische Interesse an der Sicherung des Steueraufkommens hinausgehen, Vorrang vor dem Pressegeheimnis

zuwertenden Informantenschutz zu. ...“ Diese Ausführungen finden in seinem Urteil vom 26. Februar 2004 (BStBl II 2004 111) wiederholte Erwähnung. Die schweizerische Schweigepflicht wiederholt.

Die Landesräte sind auch für Abgeordnete - selbst unter Berücksichtigung ihres besonderen verfassungsrechtlichen Status - keine Erleichterungsmöglichkeit. Die Mitwirkungspflicht der Abgeordneten als Beteiligte an ihrem Abstammungsverfahren wird daher durch ihr Auskunftsverweigerungsrecht nicht berührt.

### Personalkosten

Personalkosten für Mitarbeiter/innen und Aushilfen z. B. im Wahlkreisbüro können als Werbungskosten abgezogen werden (vgl. auch unter „Mitarbeiterkosten von Abgeordneten“).

### Regelmäßige Arbeitsstätte

Nach den BFH-Urteilen vom 9. Juni 2011 (BStBl 2012 II S. 38, 36 und 34) kann ein Steuerpflichtiger grundsätzlich nur eine regelmäßige Arbeitsstätte innehaben.

Regelmäßige Arbeitsstätte ist der ortsgebundene Mittelpunkt der dauerhaft angelegten beruflichen Tätigkeit des Steuerpflichtigen. Diese Tätigkeitsstätte muss eine hinreichend zentrale Bedeutung gegenüber den anderen Tätigkeitsorten haben und der Steuerpflichtige soll an diesem Mittelpunkt wenigstens teilweise tätig werden (Prognoseentscheidung).

Bei Abgeordneten ist danach davon auszugehen, dass der Landtag als deren regelmäßige Arbeitsstätte anzusehen ist.

### Reisenebenkosten

Die als Werbungskosten zu berücksichtigenden Reisekosten umfassen auch die Reisenebenkosten (R 9.8 LStR).

Reisenebenkosten können nur bei einer Auswärtstätigkeit anfallen, nicht aber z. B. bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte oder bei Familienheimfahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung. Eine Auswärtstätigkeit liegt vor, wenn der Steuerpflichtige vorübergehend außerhalb seiner Wohnung und außerhalb seiner regelmäßigen Arbeitsstätte beruflich tätig wird.

Reisenebenkosten sind z. B.

- Aufwendungen für die Beförderung und Aufbewahrung von Gepäck,
- Aufwendungen für Ferngespräche und Schriftverkehr mandatsbedingten Inhalts,
- Aufwendungen für Straßenbenutzung (Mautgebühren) und Parkgebühren,
- Beiträge zu Kfz-Insassen- und Unfallversicherung,
- Schadensersatzleistungen infolge von Verkehrsunfällen bei einer Auswärtstätigkeit.

Keine Reisenebenkosten sind die Aufwendungen z. B. für private Ferngespräche, Massagen, Minibar oder Pay-TV.

### **Spenden**

Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke können bis zu bestimmten Höchstgrenzen als Sonderausgaben abgezogen werden. Voraussetzung dafür ist, dass der Empfänger der Spende zum Kreis der begünstigten Institutionen gehört und darüber eine ordnungsgemäße Spendenbescheinigung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck ausstellt (§ 10b Abs. 1 EStG).

Zuwendungen an politische Parteien sind bis zur Höhe von insgesamt 1.650 Euro, bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten 3.300 Euro, im Kalenderjahr als Sonderausgaben abziehbar (§ 10b Abs. 2 EStG). Vorab wird für Zuwendungen an politische Parteien und unabhängige Wählervereinigungen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, eine Tarifiermäßigung in Höhe von 50 % der Ausgaben gewährt, höchstens von 825 Euro bzw.

zusammenveranlagung von Ehegatten (§ 34g EStG). In-  
 derausgabenabzug nach § 10b Abs. 2 EStG nicht in  
 Betracht werden, um eine doppelte Steuerbegünstigung zu

### Status der Abgeordneten

Abgeordnete haben einen besonderen Status inne. Die Abgeordneten sind  
 Träger eines durch Volkswahl erworbenen Mandats und bestimmen als  
 „Repräsentanten des ganzen Volkes“ den Kreis ihrer Tätigkeit und ihrer Aufgaben  
 (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Grundgesetz). Daher fallen die Abgeordnetenbezüge unter die sonstigen Einkünfte  
 (Einkunftsart 26 – „Einkunftsart“).

### Steuerfreie Einnahmen

Nach § 22 Nr. 4 Satz 2 EStG dürfen die durch das Mandat veranlassten  
 Aufwendungen einkommensteuerrechtlich nicht als Werbungskosten ab-  
 gezogen werden, wenn den Abgeordneten zur Abgeltung des durch das  
 Mandat veranlassten Aufwandes Aufwandsentschädigungen gezahlt wer-  
 den. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Kostenpauschale die Auf-  
 wendungen der Art und Höhe nach abdeckt (BFH-Urteil vom 8. Dezember  
 1987, BStBl 1988 II S. 433).

Dieses Abzugsverbot greift aber nur ein bei steuerfreien Aufwandsentschä-  
 digungen nach § 3 Nr. 12 EStG, d. h. bei aus einer Bundes- oder Landes-  
 kasse gezahlten Bezügen, die

- in einem Bundes- oder Landesgesetz oder einer auf bundes- oder lan-  
 desgesetzlicher Ermächtigung beruhenden Bestimmung oder von der  
 Bundes- oder einer Landesregierung „als Aufwandsentschädigung fest-  
 gesetzt“ sind

und

- „als Aufwandsentschädigung“ im Haushaltsplan ausgewiesen werden.

Derartige Aufwandsentschädigungen erhalten die schleswig-holsteinischen  
 Abgeordneten nach der Diätenstrukturreform nicht mehr.

Steuerfreie Erstattungen aufgrund anderer Bestimmungen bleiben hiervon unberührt. In Betracht kommt hier insbesondere die Steuerfreiheit der in § 3 Nr. 13 EStG benannten Leistungen.

Steuerfrei sind nach § 3 Nr. 13 EStG die aus öffentlichen Kassen gezahlten Reisekostenvergütungen, Umzugskostenvergütungen und Trennungsgelder. Die Reisekosten umfassen die Fahrtkosten, die Mehraufwendungen für Verpflegung, die Übernachtungskosten und die Reisenebenkosten. Trennungsgelder sind allerdings nur steuerfrei bis zur Höhe der im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung abziehbaren Aufwendungen.

Anders als die entsprechende Regelung in § 3 Nr. 16 EStG für Reisekostenvergütungen durch Arbeitgeber außerhalb des öffentlichen Dienstes enthält § 3 Nr. 13 EStG keine Begrenzung der Steuerfreiheit auf die als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abziehbaren Beträge, sondern knüpft nur an die tatsächliche Leistungsgewährung nach dem jeweils maßgebenden Leistungsrecht an. Nach dem Gesetzeswortlaut wird daher nicht vorausgesetzt, dass nur Betriebsausgaben oder Werbungskosten erstattet werden. Wegen der sich daraus ergebenden, sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung gegenüber Arbeitnehmern außerhalb des öffentlichen Dienstes ist § 3 Nr. 13 EStG nach der Rechtsprechung aber verfassungskonform dahin auszulegen, dass nur der Ersatz von Werbungskosten steuerfrei bleibt (BFH-Urteile vom 27. Mai 1994, BStBl 1995 II S. 17).

Dies bedeutet, dass die erstatteten Aufwendungen dem Grunde nach Werbungskosten darstellen müssen und dass der Höhe nach die Steuerbefreiung nur bis zu den als Werbungskosten abziehbaren Beträgen möglich ist.

Erstattete Fahrtkosten führen daher nur bei Fahrten aus Anlass von Auswärtstätigkeiten, bei Fahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung und bei Fahrten aus Anlass eines mandatsbedingten Umzugs zu steuerfreien Einnahmen.

Die Erstattung von Fahrtkosten für Fahrten zwischen Wohnung und Landtag, sofern sie nicht im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung erfolgen, führt dagegen zu einkommensteuerpflichtigen Einnahmen, da es sich dabei um Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte handelt.

## Steuergeheimnis

Die Vertraulichkeit und Vertraulichkeit der von den Abgeordneten gemachten Aussagen wird durch das von den Bediensteten der Finanzverwaltung zu bewahrende Steuergeheimnis (§ 30 AO) gewährleistet. Die Verletzung des Steuergeheimnisses erfüllt einen Straftatbestand und wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft (§ 355 StGB).

## Tageszeitungen

Die Rechtsprechung des BFH (Urteil vom 7. September 1989, BStBl. II S. 19) gehören Aufwendungen für den Bezug regionaler wie überregionaler Tageszeitungen zu den unter § 12 Nr. 1 Satz 2 EStG fallenden Kosten, die einkommensteuerrechtlich nicht abziehbar sind.

Das ist auch dann der Fall, wenn mehrere Tageszeitungen bezogen werden. Der Bezug mehrerer Tageszeitungen kann sowohl dem Zweck einer umfassenden Information als auch der Möglichkeit, unterschiedliche Wertungen der Tagesereignisse in Form von Kommentaren und Berichten zu erfahren, dienen. Es entspricht indes nicht der Lebenserfahrung, dass beim Bezug verschiedener Tageszeitungen allgemeine Informationen nur aus einer (oder mehreren) bestimmten Zeitungen, die mandatsbedingten Informationen hingegen ausschließlich aus den anderen Zeitungen, entnommen werden.

Das gilt in gleicher Weise für Sonntagszeitungen (z. B. Welt am Sonntag, FAZ am Sonntag) oder – politische – Wochenmagazine (z. B. Der Spiegel, Focus); auch die Aufwendungen für diese Publikationen stellen keine Werbungskosten dar. Mit Urteil vom 19. Juni 2008 (9 K 2738/05) hat das Hessische Finanzgericht für den nach Verwaltungsauffassung vergleichbaren Fall eines Steuerberaters und Wirtschaftsprüfers entschieden, dass die Aufwendungen für das Abonnement der FAZ keine Werbungskosten darstellen.

## Telekommunikationsaufwendungen

Telekommunikationsaufwendungen (Festnetz, Handy) sind Werbungskosten, soweit sie mandatsbedingt sind (R 9.1 Abs. 5 LStR).

Wird der Anteil der mandatsbedingten Aufwendungen an den Gesamtaufwendungen für einen repräsentativen Zeitraum von drei Monaten im Einzelnen nachgewiesen, kann dieser Anteil für den gesamten Veranlagungszeitraum zugrunde gelegt werden. Dabei können die Aufwendungen für das Nutzungsentgelt der Telefonanlage sowie für den Grundpreis der Anschlüsse entsprechend dem mandatsbedingten Anteil der Verbindungsentgelte an den gesamten Verbindungsentgelten (Telefon und Internet) abgezogen werden. Der mandatsbedingte Anteil kann mittels einer aufgeschlüsselten Telefonrechnung, in der die mandatsbedingt geführten Telefonate gekennzeichnet sind, nachgewiesen werden.

Aus Vereinfachungsgründen können ohne Einzelnachweis bis zu 20 % des Rechnungsbetrags, jedoch höchstens 20 Euro monatlich als Werbungskosten anerkannt werden. Zur weiteren Vereinfachung kann der monatliche Durchschnittsbetrag, der sich aus den Rechnungsbeträgen für einen repräsentativen Zeitraum von drei Monaten ergibt, für den gesamten Veranlagungszeitraum zugrunde gelegt werden.

Sofern im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung eine Familienheimfahrt nicht durchgeführt wird, können die notwendigen Telefonkosten für ein Ferngespräch bis zu einer Dauer von 15 Minuten zur Kontaktaufnahme mit Angehörigen, die zum eigenen Hausstand gehören, als Werbungskosten geltend gemacht werden (BFH-Urteil vom 18. März 1988, BStBl II S. 988).

### **Übernachtungs-/Unterkunftskosten**

Abgeordneten, die bei Landtagssitzungen oder bestimmten anderen Veranstaltungen aus zwingenden Gründen außerhalb ihres Wohnortes übernachten, werden gemäß § 12 SH AbgG n. F. auf Antrag die nachgewiesenen angemessenen Übernachtungskosten für Übernachtungen außerhalb ihres Wohnorts erstattet.

Die erstatteten Beträge sind gemäß § 3 Nr. 13 EStG dem Grunde nach einkommensteuerfrei, sofern die Übernachtung im Rahmen einer Auswärtstätigkeit oder einer doppelten Haushaltsführung erfolgt. Auch die für Hotelkosten bei nur gelegentlichen Übernachtungen am Ort des Landtages, also am Ort einer regelmäßigen Arbeitsstätte, erstatteten Beträge bleiben als „Trennungsgeld“ nach § 3 Nr. 13 EStG steuerfrei.

Kosten sind nach § 3 Nr. 13 EStG der Höhe nach einkommensteuervergütet, soweit die Erstattung die als Werbungskosten abziehbaren Kosten nicht übersteigt (vgl. unter „Steuerfreie Einnahmen“). Dieser steuerliche Vorteil kann auch pauschal erfolgen (R 9.7 Abs. 3 und R 9.11 Abs. 10).

Wenn die Übernachtungskosten die erstatteten steuerfreien Beträge übersteigen, kommt eine Berücksichtigung als Werbungskosten in Betracht.

Werbungskostenabzug können ab 2008 im Rahmen einer Auswärtstätigkeit oder einer aus beruflichem Anlass begründeten doppelten Haushaltsführung nur noch die tatsächlichen (nachgewiesenen) Übernachtungskosten berücksichtigt werden. Der Beleg für die Übernachtungskosten muss die Anschrift des Hotels (der Pension o. ä.), den Namen des Übernachtenden und die einzelnen Übernachtungstage enthalten.

Wenn durch Zahlungsbelege nur ein Gesamtpreis für Unterkunft und Verpflegung nachgewiesen und lässt sich der Preis für die Verpflegung nicht feststellen, ist der Gesamtpreis zur Ermittlung der Übernachtungskosten wie folgt zu kürzen:

- für das Frühstück um 20 %,
- für das Mittag- und das Abendessen um jeweils 40 %

des für den Unterkunftsort maßgebenden Pauschetrags für Verpflegungsmehraufwendungen bei einer Auswärtstätigkeit mit einer Abwesenheitsdauer von mindestens 24 Stunden.

Eine Unterscheidung zwischen Inlands- und Auslandsreisen findet hier nicht statt.

Als Werbungskosten können auch die Kosten für gelegentliche Hotelübernachtungen am Ort der regelmäßigen Arbeitsstätte berücksichtigt werden, wenn sie beruflich veranlasst sind (BFH-Urteil vom 5. August 2004, BStBl II S. 1074).

### Verpflegungsmehraufwendungen

Den Abgeordneten werden Verpflegungsmehraufwendungen (Tagegelder) nicht erstattet.

Die als Werbungskosten zu berücksichtigenden Reisekosten umfassen auch die Verpflegungsmehraufwendungen (R 9.6 LStR).

Dies bedeutet, dass dem Grunde nach eine Auswärtstätigkeit vorliegen muss. Eine Auswärtstätigkeit liegt vor, wenn der Steuerpflichtige vorübergehend außerhalb seiner Wohnung und außerhalb seiner regelmäßigen Arbeitsstätte beruflich tätig wird.

Die steuerliche Geltendmachung von Verpflegungsmehraufwendungen kommt somit nicht für Tage in Betracht, an denen der Abgeordnete ausschließlich im Landtag, d. h. an seiner regelmäßigen Arbeitsstätte, tätig ist.

Als Verpflegungsmehraufwendungen sind unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 EStG einheitliche Pauschbeträge anzusetzen, deren Höhe sich nach der Dauer der Abwesenheit von der Wohnung und der regelmäßigen Arbeitsstätte richtet. Bei Abgeordneten, die von der Wohnung zum Landtag (regelmäßige Arbeitsstätte) fahren und erst von dort aus eine Auswärtstätigkeit antreten, beginnt die Dauer der Abwesenheit daher erst mit der Abfahrt vom Landtag.

Der Einzelnachweis von Verpflegungsmehraufwendungen berechtigt nicht zum Abzug höherer Beträge.

Es gelten folgende Pauschbeträge:

Dauer der Abwesenheit	Pauschbetrag
mindestens 24 Stunden	24 €
mindestens 14 Stunden, weniger als 24 Stunden	12 €
mindestens 8 Stunden, weniger als 14 Stunden	6 €

Für den Ansatz von Verpflegungsmehraufwendungen bei Auslandsaufenthalten gelten länderspezifische unterschiedliche Pauschbeträge (Auslandstagegelder), die vom BMF im Einvernehmen mit den obersten Finanz-

behörden der Länder auf der Grundlage der höchsten Auslandstagegelder nach dem Bundesreisekostengesetz bekannt gemacht werden.

Im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung können Verpflegungsmehraufwendungen für einen Zeitraum von drei Monaten nach Bezug der neuen Wohnung am Beschäftigungsort ebenfalls mit den bei Auswärtstätigkeiten abziehbaren Pauschbeträgen geltend gemacht werden.

### **Vorsorgeaufwendungen, sonstige**

(Rechtslage bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2009)

In Abgrenzung zu den Aufwendungen für die Altersvorsorge (vgl. unter „Altersversorgung“) sind gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a und b EStG den sonstigen Vorsorgeaufwendungen die Beiträge zu folgenden Versicherungen zuzurechnen:

- Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit,
- Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen,
- Kranken-, Pflege-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen,
- reine Risikolebensversicherungen auf den Todesfall,
- bestimmte Rentenversicherungen und kapitalbildende Lebensversicherungen, wenn deren Laufzeit vor dem 1. Januar 2005 begonnen hat und bis zum 31. Dezember 2004 ein Beitrag entrichtet worden ist.

Sonstige Vorsorgeaufwendungen sind gemäß § 10 Abs. 4 EStG bis zu einem Höchstbetrag von 2.400 Euro abziehbar. Bei gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmern mit steuerfreiem Arbeitgeberanteil und bei anderen Steuerpflichtigen, die ganz oder teilweise ohne eigene Aufwendungen einen Anspruch auf vollständige oder teilweise Erstattung oder Übernahme von Krankheitskosten haben (z. B. nach § 25 SH AbgG n. F.; vgl. unter „Krankenversicherung“) oder zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen einen steuerfreien Arbeitgeberzuschuss oder einen steuerfreien Zuschuss als Rentner erhalten, beträgt der Höchstbetrag 1.500 Euro.

Damit gilt für Abgeordnete nur der gekürzte Höchstbetrag von 1.500 Euro, da sie entweder einen steuerfreien Zuschuss zu ihren Krankenversiche-

rungsbeiträgen oder aber eine steuerfreie Beihilfe zu ihren Krankheitskosten erhalten.

Bei zusammen zur Einkommensteuer veranlagten Ehegatten ergibt sich der gemeinsame Höchstbetrag aus der Summe der jedem Ehegatten zustehenden Höchstbeträge.

### **Vorsorgeaufwendungen, Kranken- und Pflegeversicherung**

(Rechtslage ab Veranlagungszeitraum 2010)

Ab Veranlagungszeitraum 2010 sind als sonstige Vorsorgeaufwendungen nur noch Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abziehbar, und zwar

- die Beiträge zur Krankenversicherung, soweit sie zur Erlangung eines sozialhilfegleichen Versorgungsniveaus (Basisabsicherung) erforderlich sind,
- die Beiträge zur Pflege-Pflichtversicherung (soziale Pflegeversicherung und private Pflegepflichtversicherung) in voller Höhe.

Zu berücksichtigen sind die Beiträge des Steuerpflichtigen für sich selbst, für den Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner und für die steuerlich zu berücksichtigenden Kinder.

Für diese als sonstige Vorsorgeaufwendungen abziehbaren Versicherungsbeiträge gelten zwar anders als nach der bis Veranlagungszeitraum 2009 maßgebenden Rechtslage keine Höchstbeträge mehr; zu berücksichtigen sind die Beiträge grundsätzlich in der tatsächlich gezahlten Höhe.

Eine Begrenzung des Abzugs ergibt sich aber dadurch, dass bei der Pflegeversicherung nur die Pflichtbeiträge (einschließlich des Zuschlags für Kinderlose) abziehbar sind und bei der Krankenversicherung nur die Beiträge, die auf Vertragsleistungen entfallen, die in Art, Umfang und Höhe den Leistungen aus der Basis-Krankenversicherung entsprechen. In der Krankenversicherung enthaltene Beitragsanteile, die darüber hinausgehen, z. B. für Chefarztbehandlung oder für ein Einbettzimmer im Krankenhaus, berechtigen nicht zum Sonderausgabenabzug. Sind in einem Tarif begünstigte und nicht begünstigte Teile enthalten, sind diese aufzuschlüsseln. Die Aufteilung soll durch das Krankenversicherungsunternehmen, bei dem der Steuer-

pflichtige versichert ist, anhand der Krankenversicherungsbeitragsanteil-Ermittlungsverordnung (KVBEVO) vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2730) erfolgen. Diese Daten werden von den Krankenversicherungsunternehmen elektronisch bereitgestellt werden. Die abziehbaren Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung können bereits im Rahmen der Einkommensteuer-Vorauszahlungen berücksichtigt werden.

### **Vorsorgeaufwendungen, Günstigerprüfung**

Bei der sog. Günstigerprüfung ist zu unterscheiden zwischen der bis 2009 maßgebenden Rechtslage und der Rechtslage ab 2010.

#### **Günstigerprüfung bei sonstigen Vorsorgeaufwendungen bis 2009**

In den Jahren 2005 bis 2019 wird gemäß § 10 Abs. 4a EStG eine Vergleichsrechnung zwischen dem Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen (Summe aus Altersvorsorgeaufwendungen und sonstigen Vorsorgeaufwendungen) nach dem bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Recht und nach dem neuen Recht durchgeführt; der günstigere Betrag wird steuerlich berücksichtigt. Dabei richtet sich der Umfang der abziehbaren Aufwendungen aber nur nach neuem Recht, so dass z. B. kapitalbildende Lebensversicherungen, deren Laufzeit erst nach dem 31. Dezember 2004 begonnen hat, nicht einzubeziehen sind. Weiter wird der nach altem Recht zu berücksichtigende sog. Vorwegabzug in den Jahren 2011 bis 2019 von 3.068/6.136 Euro (letztmalig für 2010) gleichmäßig bis auf 300/600 Euro abgeschmolzen.

#### **Günstigerprüfung bei sonstigen Vorsorgeaufwendungen ab 2010**

Im Rahmen der ab dem Veranlagungszeitraum 2010 eingeführten neuen Günstigerprüfung sind auch die übrigen sonstigen Vorsorgeaufwendungen, wie z. B. für Beiträge zur Haftpflicht-, zur Unfall-, zur Berufsunfähigkeits- und zur Arbeitslosenversicherung weiterhin als Sonderausgaben abziehbar. Dazu gehören auch die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, die über eine Basisabsicherung hinausgehen.

Hier ist nunmehr ein gemeinsames, erhöhtes Abzugsvolumen für die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung und die übrigen sonstigen Vorsorgeaufwendungen bis zu einem Höchstbetrag von 2.800 Euro eingeführt

worden bzw. von 1.900 Euro für Steuerpflichtige, die Anspruch auf vollständige oder teilweise Erstattung oder Übernahme der Krankheitskosten haben oder steuerfreie Zuschüsse zur Krankenversicherung erhalten. Dieses Abzugsvolumen entfällt vorrangig auf die Beiträge für die Basisabsicherung in der Krankenversicherung und die Pflege-Pflichtversicherung. Die übrigen Vorsorgeaufwendungen wirken sich nur aus, wenn das Abzugsvolumen dadurch nicht aufgebraucht wird.

Daneben gilt weiterhin die bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2009 maßgebende Günstigerprüfung, d. h., es ist der Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen (Summe aus Altersvorsorgeaufwendungen und sonstigen Vorsorgeaufwendungen) nach dem bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Recht mit dem nach dem neuen Recht zu vergleichen. Der höhere Betrag ist abziehbar.

### **Wahlkampfkosten**

Wahlkampfkosten zur Erlangung eines Mandats im Bundestag, im Europäischen Parlament oder im Parlament eines Landes dürfen nicht als Werbungskosten abgezogen werden (§ 22 Nr. 4 Satz 3 EStG). Dies gilt auch bei einem erfolglosen Wahlkampf (BFH-Urteil vom 8. Dezember 1987, BStBl 1988 II S. 435).

Das Abzugsverbot betrifft u. a. Aufwendungen für Werbematerialien (z. B. in Form von Kugelschreibern oder Broschüren) oder für Wahlkampfveranstaltungen (Fahrtkosten und Saalmiete).

Als Orientierungspunkt für den Beginn der „Wahlkampfzeit“ kann der Zeitpunkt gelten, an dem die Landesregierung gemäß § 4 des Landeswahlgesetzes den Wahltag bestimmt (vgl. BVerfG-Urteil vom 2. März 1977, BVerfGE 44, 125, zur unzulässigen Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung vor Bundestagswahlen).

Eindeutig mandatsbedingte Aufwendungen sind auch dann als Werbungskosten abziehbar, wenn sie in der „Wahlkampfzeit“ anfallen.

### Wahlkreisbüro

Das Wahlkreisbüro von Abgeordneten ist einkommensteuerrechtlich wie das Büro von Selbstständigen einzuordnen.

Als Werbungskosten sind z. B. abziehbar:

- Miete,
- Büromaterialien,
- Porto,
- Telefonkosten,
- Einrichtungsgegenstände, Bürogeräte und -maschinen: diese sind im Kalenderjahr der Bezahlung in voller Höhe als Werbungskosten abziehbar. Zur Berücksichtigung von Anschaffungs- oder Herstellungskosten vgl. aber unter „Absetzung für Abnutzung“).

„Personalkosten“ für „Mitarbeiter/innen von Abgeordneten“ können als Werbungskosten abgezogen werden. Die für die nachgewiesenen Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeiter/innen erstatteten Beträge (§ 9 Abs. 1 SH AbgG n. F.) sind steuerpflichtig. Zu Aufzeichnungserleichterungen vgl. unter „Mitarbeiter/innen von Abgeordneten“.

Die Aufwendungen für ein häusliches „Arbeitszimmer“ sind bei Abgeordneten regelmäßig nicht zu berücksichtigen (vgl. unter „Arbeitszimmer“).

### Zeitschriften

Nach der Rechtsprechung des BFH (Urteil vom 7. September 1989, BStBl 1990 II S. 19) gehören Aufwendungen für den Bezug regionaler wie überregionaler Tageszeitungen zu den unter § 12 Nr. 1 Satz 2 EStG fallenden Lebenshaltungskosten, die einkommensteuerrechtlich nicht abziehbar sind (vgl. unter „Tageszeitungen“).

Dies gilt auch für Wochenmagazine wie „Spiegel“, „Zeit“ und „Focus“. Für den Bereich des Betriebsausgabenabzugs hat der BFH mit Urteil vom 7. September 1989, BStBl 1990 II S. 19 klargestellt, dass Aufwendungen für den Bezug der Wochenzeitschriften „Der Spiegel“ und „Die Zeit“ als Lebenshaltungskosten vom Betriebsausgabenabzug ausgeschlossen sind.

Der BFH hat dies damit begründet, dass beide Zeitschriften in einem breit gefächerten Spektrum über allgemein interessierende Themen aus Politik, Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur, Sport und anderen Bereichen berichten und deshalb wie Aufwendungen für den Bezug von Tageszeitungen nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden können. Dies gilt uneingeschränkt auch für die Zeitschrift „Focus“, welche sich mit ihrem Inhalt an ein ähnlich breites Publikum wendet wie andere Wochenzeitschriften, etwa „Der Spiegel“ und „Die Zeit“.

Auch Aufwendungen für allgemeine Wirtschaftszeitungen wie z. B. „Capital“, „Effecten-Spiegel“, „Impulse“, „Management-Wissen“, „Manager-Magazin“, „Rechtsmagazin für die Wirtschaft“, „Wirtschaftsbild“, und „Wirtschaftswache“, sind einkommensteuerrechtlich nicht zu berücksichtigen (dazu u. a. rechtskräftige Urteile des FG Düsseldorf vom 4. Oktober 1983, EFG 1984 S. 228, des FG Baden-Württemberg, Außensenate Freiburg, vom 28. April 1988, EFG S. 461, des FG Köln vom 19. Juli 1990, EFG 1991 S. 21, des FG des Saarlandes vom 19. März 1991, EFG S. 468, des Hessischen FG vom 5. Mai 1992, EFG S. 517, des FG des Saarlandes vom 2. Juni 1992, EFG S. 518, und des FG Baden-Württemberg vom 28. März 1996, EFG S. 850), ebenso nicht die Aufwendungen für die Zeitschrift „Test“ bei einem Einkäufer von Waren (BFH-Urteil vom 27. April 1990, BFH/NV 1990 S. 701).